

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Stellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt- u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Nachanzeige 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Anzeigenschluss bis früh 9 Uhr. Drucknummer 25 Pfg. — Postfach mit Danzig 2945. Expeditor: Am Spandhaus 6. — Telefon 3591.

Nr. 185

Dienstag, den 10. August 1920

11. Jahrgang

Russische Ratlosigkeit der Entente.

Danzigs Verfassungswerk. Nec temere, nec timide!

Wie so vieles in Danzigs Vergangenheit, ist auch die Entstehung des Danziger Wappenspruchs unaufgeklärt geblieben. So weiß man heute noch nicht, woher das berühmte „Nec temere, nec timide“ (zu Deutsch: „Weder unbedarft, noch furchtsam“) auf das Spruchband des Danziger Löwenwappens gekommen ist. Man weiß nur, daß die demokratische „Danziger Zeitung“ eines Tages dieses Bekenntnis zur Kraft und Weisheit unter das Wappen gedruckt hat. Wußte man auch nicht seinen Ursprung, so hat man doch oft versichert, daß Danzigs Schicksal von dem Entschluß „Nec temere, nec timide“ bestimmt werden sollte.

Heute beginnen nun die Schlussberatungen an Danzigs neuem Verfassungswerk. Aber kein objektiv Denkender wird ihm das Urteil schreiben, das Danzigs Wappenspruch fordert. Die Geschichte wird bereinst darüber klären, wie sehr die Verantwortlichen des bisher vorliegenden Verfassungswerkes die goldenen vom Hohen Tor schimmernde Mahnung: „Gerechtigkeit ist das Fundament des Gemeinwesens“ so völlig vergessen konnten.

Diese Verfassung mutet in ihren Hauptteilen gerade so an, als wolle man diesseits der Ostsee dem berühmten Schweden Ogensterna für sein bekanntes: „Du weißt nicht, mit wie wenig Verdienst die Welt regiert wird“, noch nach Jahrhunderten ein Denkmal setzen. Ueber dieser Danziger Verfassung steht, wenn man schon nicht so höflich denkt, wie ein bekannter Berliner Architektensche: „Furcht und Mißtrauen erzeugten diese Unweisheit.“

Das beständige vor allem die Vernichtung der Danziger Simultanschule. Wenn nicht von Sokrates an, so doch mindestens von Pestalozzi bis zu dem liberalen Schulmannen Lewand dem sozialdemokratischen Pädagogen Heinrich Schulz haben alle Vertreter der Menschlichkeit die reine Erziehung zum Menschen durch die religionsfreie Einheitschule angestrebt. Alles andere will die Schule zur dienenden Magd der Macht und der Kirche herabwürdigen. Die Danziger Sozialdemokratie warf sich mit ganzer Kraft auf die Verteidigung der Schule des Volkes. Keine Zeit schreit so wie unsere nach Bildung und Wissen. Wie Wilhelm Liebknecht es gefordert, weiß auch die Danziger Sozialdemokratie, daß nur Wissen Macht gibt. Aber unsere Genossen beschränkten sich, den gegebenen Machtverhältnissen sich anpassend, auf den Schutz der Simultanschule gegen die speziell der bildungsfeindliche Unverstand der Demokraten einen wahren Ausrüstungskrieg gegen alle liberalen Schulfeinde führte.

Und die Gründe des schwarzblauen Dunkelmänner-Bodes? Seit Generationen hat Danzigs Simultanschule wahrhaft legensreich gewirkt. Sie war wirklich, wie es am Sonntag ein prächtiges Wort der „Danziger Zeitung“ sagte: „Die Schule der Versöhnung.“ Hinter Laßmann konnte der volksbildungsfeindliche schwarzblaue Bode des Volkstages seine reaktionäre Geschäftigkeit also nicht verdecken. So verkündete der Abgeordnete Maschewitz, der Rektor aller Deutschnationalen, ohne Scheu die brutale Rache für den 29. Juli! Und Herr Dr. Löning, der wahrhaft würdige demokratische Verteidiger der Schulhändlung des zur zeitigen Verklaffung des Proletariats geschaffenen Volkstagsbodes wußte nichts Besseres, als ewig zu wiederholen, daß er eine Sünde begehe, die auch die Sozialdemokratie begangen habe. Die trostre Wahrheitswidrigkeit dieser schuldlosen Verlegenheitsausrede vernichtet am Sonntag meisterhaft die demokratische „Danziger Zeitung“. Leider sehr spät schreibt sie, daß die Simultanschule durchaus nicht die von vielen so gefährdete religionslose Schule bedeute. Dann schreibt das demokratische Blatt den demokratischen Schulfeinden des Volkstages folgendes Urteil:

„Die demokratische Fraktion hat als Begründung für ihre Haltung in der Schulfrage die Notwendigkeit angegeben, mit der Rechten und dem Zentrum den Mehrheitsblock aufrecht erhalten zu müssen. Damit wird angegeben, daß sie aus tatsächlichen Gründen sich zu Opfern entschlossen hat. Die Verfassung ist aber von viel zu weittragender Bedeutung für die Zukunft, als daß man von der Wählerchaft Verständnis dafür erwarten darf, wenn tatsächliche Ermüdungen darin zum Ausdruck gelangen. Wenn man sich ferner gegenwärtig Fälle vorwirft, in denen der andere früher geübt hat, so zerstört man die Grundlagen einer fruchtbaren Politik. Wer die Dinge leidenschaftslos prüft, wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß der sozialdemokratische Antrag:

„Das öffentliche Schulwesen ist auf simultaner Grundlage organisch auszugestalten. Vorhandene Schulen anderer Art bleiben bestehen, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird, den Vorzug vor der konfessionellen Fassung verdient, die zur Annahme gelangt ist.“

„Das öffentliche Schulwesen ist auf simultaner Grundlage organisch auszugestalten. Vorhandene Schulen anderer Art bleiben bestehen. Berechtigten Wünschen der Erziehungsberechtigten ist auch hinsichtlich von Neuerrichtungen junger Schulen Rechnung zu tragen, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird.“

Wenn zur Rechtfertigung des Artikels 101 von einem Redner gesagt worden ist, daß ohne Kompromisse ein öffentliches Leben unmöglich sei, so war das eine wenig glückliche Ruhanwendung dieses an sich unbestrittenen Satzes. Die Simultanschule ist schon ein Kompromiß, und da sie zugleich der bestmögliche ist, bedeutet jedes Abweichen nach rechts oder links immer schon ein von der Mittellinie abliegendes Entgegenkommen nach der einen oder der anderen Seite. Dieses Bewußtsein hat offensichtlich bei der Abstimmung gefehlt, sonst wäre schwerlich eine Formel zur Annahme gekommen, die in dem einen Satz nimmt, was sie mit dem anderen Satz geben will. Man wollte mit dieser Fassung allem geben, und damit hat man den Keim zur Unzufriedenheit in die Verfassung gepflanzt. Solche Kompromißparagrafen sind immer die Wurzel späterer Unstimmigkeiten gewesen, und diese werden auch hier nicht ausbleiben, wenn man auch von der Loyalität der Vertreter beider gegensätzlichen Richtungen überzeugt ist. Der sozialdemokratische Antrag bedeutet, das muß gerechtfertigt gesagt werden, einen starken Verzicht, denn es ist bekannt, daß diese Partei in der Simultanschule keineswegs ihr Ideal sieht. Der Verzicht auf die Neuaufstellung konfessioneller Schulen, wie ihn der Antrag von der Rechten des Hauses fordert, wäre die natürliche Gegengabe gewesen. Die Beibehaltung der bereits bestehenden konfessionellen Schulen hätten allen Eltern, die auch künftig Wert darauf legen, ihre Kinder solchen Anstalten zuzuführen, die Möglichkeit gegeben, ihrem Wunsche zu entsprechen. Niemand hätte ernstlich und ehrlich von einer Vergewaltigung seiner religiösen Bedürfnisse sprechen können.

Wenn das Blatt in einem warmherzigen Schlusswort darlegt, daß erst die Simultanschule die Brücke von Mensch zu Mensch schlägt und darum erwartet, daß die Demokraten sich noch in letzter Stunde auf ihre Pflicht besinnen, so fehlen dafür leider alle Anhaltspunkte. Selbst der demokratische Volksschullehrer Friedrich ist im Volkstag als Abgeordneter in der Blockflaverei totensill geworden.

So groß und weise handelte die Blockmehrheit auch bei der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge, die die Hebernahme der deutschen Betriebsräte auf den Freistaat anstrebten. Das freie Recht der Arbeit erscheint denen, die nach dem 29. Juli diese Dinge nur noch in schreckhaftester Verzerrung zu sehen vermögen, geradezu als Zertrümmerung aller Kultur. Nicht eines Atoms Hauch haben diese kapitalistisch Interessierten von Abraham Lincolns Weisheit gewonnen, daß die Mängel der Demokratie sich nur durch mehr Demokratie überwinden lassen. Nicht viel anders als einst die Pfälzer der amerikanischen Südstaaten sperrten sie sich gegen die denkende Mitwirkung des Arbeiters im Produktionsprozeß.

Dazu kam noch in letzter Stunde die Brüstung der Arbeiterkraft und vor allem der Sozialdemokratie durch die unerhörte Attacke gegen den längst verhassten sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Krügel. Gegen ihn mißriet neben dem „Demokraten“ Dr. Löning vor allem der „D.N.“-Verleger Fuchs. So hat man es gestern nachmittag im erweiterten Staatsrat mit 4 gegen 3 Stimmen — der Demokrat Dr. Löning gab auch hier den Ausschlag! — beschlossen, dem Staatsrat Lowers die Entfernung Krügels zu empfehlen!

So entstand praktisch und theoretisch Danzigs Verfassungswerk, das für Generationen im Freistaat wahre Freiheit, Existenz und Recht schaffen sollte. Wenn es so bleibt, wie es ist, wird die Zukunft beweisen, daß seine Väter gegen nichts so sehr gesündigt haben, als gegen Danzigs alten Wahrspruch: „Nec temere, nec timide!“

Zwischen London und Minsk.

Die Diplomatie der Bolschewiki kann sich an Schlaueit mit der der Entente wohl messen. Nachdem die Sowjetregierung ihren Willen zu direkten Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen durchgesetzt hat, bemühen sich ihre Abgesandten die für Rußland überaus nützliche Spannung Englands-Frankreichs so viel als möglich zu verstärken. Dazu dient ihnen ein Streit, der zwischen den russischen Marinebehörden in Odessa und dem Kommandanten der französischen Flotte ausgebrochen ist. Schifflicherin verhandelte das Auslaufen der aus Frankreich gekommenen Transportdampfer „Allegritte“ und „Batavia“ mit der Behauptung, daß sie für General Wrangel bestimmtes Kriegsmaterial führten. Nun wünscht die Sowjetregierung, daß England diesen Streit als Vermittler gütlich beilege! Eine härtere Ruß hat Lloyd George wohl noch nicht zu machen vermögen.

Die Stimmung der englischen Regierung zeigt man aus einer Mitteilung des „Evening Standard“, wonach jeder Grund für die Annahme besteht, daß Lenin und seine Kollegen sich in den Händen der Führer der roten Armee befinden, die zu einem guten Teil aus ehemaligen zaristischen Offizieren bestanden und im Stregausch eingeschlossen seien. Warschau zu erobern. — Der französische Marschall Foch bemüht sich, Polen, trotz aller Niederlagen, an seinen Sieg glauben zu machen. Er behauptete nach einer Havasmeldung, daß Polen noch (1) weit von einer Niederlage entfernt sei und durch eine Reorganisation seiner Heere alles acodmen könne!

Auf der Konferenz von St. Germain zerbrechen sich die „Entente-gewaltigen“ inzwischen weiter ihre erleuchteten Köpfe über das russische Problem, das alle Versäcker Diktate bis zum Grunde erschüttert. Die Verhandlungen dauerten auch gestern bis spät nachmittags. Millerand verhandelte mit Lloyd George in Anwesenheit der Marschälle Foch und Wilson sowie des Admirals Beatty von 10 bis 2 Uhr mittags. Man erörterte wieder die Blockade gegen Rußland und die Schaffung einer Defensivfront mit den Nachbarstaaten Rußlands. Von französischer Seite wurde eingewendet, man könne doch nicht einen Staat blockieren, dessen Handelsvertreter man noch in England duldet. Doch hat man in London trotzdem noch nicht die Ausweisung der russischen Vertreter beschlossen. Millerand ist gestern 6 Uhr abends nach Paris und Lloyd George nach London abgereist.

London, 9. Aug. (W. I. B.) Lloyd George hat für 1 Uhr abends einen Ministerrat nach Downingstreet zusammenberufen, um seinen Kollegen die Lage zu schildern.

Rußlands Vormarsch im Norden.

Die Russen haben Brzansky und Rozan befehligt. Der polnische Widerstand scheint im Nordfügel endlich gebrochen. Der russische Vormarsch geht nach Südwesten gegen Ciechanow. Mit der Einnahme dieser Ortschaft wäre die wichtige Verbindung Warschau—Mlawa—Danzig in der Mitte durchschnitten und die Umgehung Warschau von Norden beendet. Auf der Straße Brzansky—Mlawa ist vorgehend: russische Kavallerie gemeldet. Die polnischen Kräfte, die noch bei Grudusk halten, können von Chorzellen aus mit einer nördlichen Ueberflügelung leicht umgangen werden. Wyszow kann schon heute (am 9. August) im Besitze der Russen sein und hiermit wäre die südliche Bahnstreckenzuglinie der im Raume Ostrolenka—Ostrow kämpfenden polnischen Truppen durchschnitten. Auch gegen Siedlec geht der russische Vormarsch weiter und die letzte große in Betracht kommende Verteidigungslinie kann nur noch die Weichsel bilden.

Die Bedingungen der Bolschewisten.

Rotterdam, 9. Aug. Der Londoner Korrespondent des „Fränkischer Courrier“ erzählt: Wenn Polen bei der Konferenz in Minsk nicht im Voraus den gestellten Waffenstillstandsbedingungen zustimmt, so werden die Waffenstillstandsbedingungen sehr streng sein. Zu den Bedingungen gehören: Freier Handelsverkehr durch Polen und eine Zeit Annahme für politische Verbrechen.

Englands Flotte gegen Rußland.

Aus Kopenhagen wird unter dem 9. August gemeldet: Nachdem das hier stationierte englische Geschwader in der vorigen Woche nach der Ostsee abgekreuzt war, ist heute eine neue Flottenabteilung, bestehend aus zwei Kreuzern und vier Torpedobrigaden, hier angekommen. Das neue Geschwader soll, wie verlautet, in kürzester Zeit ebenfalls nach der Ostsee abgehen.

Polen auch für Minsk.

Wie wir gestern an dieser Stelle ausführten, hat die Sowjetregierung den Wunsch Englands in London über den Waffenstillstand mit Polen zu verhandeln abgelehnt. Lenin-Trotsky wollen dem mächtigen England die Grenzen seiner Macht zeigen. Sie forderten, daß Polen in Minsk mit ihnen direkt verhandeln müsse. Ein neueres drahtloses Telegramm aus Moskau an die englische Regierung besagt, die polnische Regierung habe sich bereit erklärt, Delegierte nach Minsk zu übersenden, um einen Waffenstillstand und einen Vorfrieden abzuschließen. Die bolschewistische Regierung sei der Ansicht, daß das von den Alliierten verfolgte Ziel, nämlich die Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung freier Beziehungen zwischen Rußland und der Grundlage voller Unabhängigkeit Polens, am schnellsten und einfachsten durch direkte Verhandlungen erreicht werden können. Das Telegramm besagt, die bolschewistische Regierung der Ueberzeugung Ausdruck, die Alliierten würden quervernehmen, daß die von ihnen angestrebten Ziele auf der bevorstehenden Konferenz in Minsk vollständig erreicht werden würden.

Der gutunterrichtete „Evening Standard“ teilt mit, daß die Note der Sowjetregierung zwar nicht auf die Wünsche der britischen Regierung eingeht, daß sie aber trotzdem akzeptiert werden wird. Die — von uns gestern ebenfalls gemeldet — Londoner Konferenz werde allen anderslautenden Nachrichten zum Trost doch abgefaßt werden.

Polens verzögernde Taktik.

Rotterdam, 9. Aug. Nach einer Warschauer Meldung hat die polnische Regierung nach der Beratung mit den aus Baranowitsch zurückgekehrten Waffenstillstandsdelegierten beschlossen, die Antwort auf die letzte polnische Note, in der bestimmte Bedingungen gestellt wurden, abzuwarten, bevor die Friedensverhandlungen nach Minsk entsandt werden.

Begen Schulfreiheit und Arbeitsrecht.

Gegen die konfessionelle Religion in der Volkshule.

In der am 2. dinstag abgehaltene Sitzung des Volksrates der Stadt Halle a. S. ist die Tagesordnung der sozialdemokratischen Fraktion der die Volkshule in der Verfassung der Stadt Halle a. S. betreffende Beschlüsse der Reichsversammlung vom 1. dinstag 1903, welche lauten:

Der am 1. dinstag beschlossene Artikel 108 steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Forderung, die mit dieser über die Volkshule bestehen. Bei dieser Gelegenheit hat der Abg. Böning seinen Antrag auf die Volkshule in der Verfassung der Stadt Halle a. S. betreffend, welche lauten:

Der am 1. dinstag beschlossene Artikel 108 steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Forderung, die mit dieser über die Volkshule bestehen. Bei dieser Gelegenheit hat der Abg. Böning seinen Antrag auf die Volkshule in der Verfassung der Stadt Halle a. S. betreffend, welche lauten:

Der am 1. dinstag beschlossene Artikel 108 steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Forderung, die mit dieser über die Volkshule bestehen. Bei dieser Gelegenheit hat der Abg. Böning seinen Antrag auf die Volkshule in der Verfassung der Stadt Halle a. S. betreffend, welche lauten:

Schließlich wurde der Artikel 101 über die Grundlagen des öffentlichen Schulwesens im Reichstag von der Mehrheit des Hauses angenommen. Wir behalten uns unsere Stellungnahme zur Schulfrage noch vor, möchten aber heute schon betonen, daß das von der Mehrheit des Reichstages geschlossene Kompromiß den berechtigten Wünschen unserer Partei nicht entspricht. Die an die Hand gestellten Beschlüsse sind nicht so groß, daß man sich nicht hätte für die Schulfrage erklären können. Das sollte man in der letzten Sitzung noch reichlich überlegen." (Zuruf Böning: Wer das geschrieben hat, verliert auch nicht mehr, als die meisten hier im Hause.)

Herr Böning, schließen Sie sich jetzt in ein dunkles Zimmerchen und tun Sie in Sad und Ruhe. Sonst macht Ihnen nichts mehr die eigene Partei des Senats. Sie sind aus ein sehr willkommener Vertreter der Demokratie. Wenn Sie gehen und lassen in die Hand die wir sonst nie bekommen können. Und wir werden Sie gegen Sie so anwenden, daß Sie selber Ihre Freunde daran haben sollen. Gern behauptete ein Zentrumsmann, daß wir die weltliche Schule hätten haben können. Artikel 2 des Zentrumsentwurfs sagt aber, daß das Schulwesen grundsätzlich konfessionellen Charakter trage. Eine besondere Bestimmung schaltet jedoch ein, daß der Religionsunterricht einseitig der Schule, mit Ausnahme der konfessionellen weltlichen Schule, sein solle. Das soll also die weltliche Schule sein, die Sie uns zubringen wollten. Die Schule kann aber nur einseitig sein, wenn sie einseitig ist. Durch die Verfassung, daß der Religionsunterricht der Schulen konfessionell sein muß, ist wieder ein Gegenstand geschaffen. Vor dem Reichstag bestand die Bestimmung, daß jedes Kind Religionsunterricht genießen müsse. Ein Kind durfte am Religionsunterricht einer freien religiösen Gemeinde nur dann teilnehmen, wenn er von der Regierung anerkannt war. In Dömitz war das der Fall, in Berlin jedoch nicht. Ich habe alle recht, wenn ich sage, daß es eine Verwirklichung der Schulen bedeutet, wenn der Religionsunterricht einseitig vorgezeichnet ist. Das ist eine Gegenüberstellung bei der weltlichen Schule ist kleiner als der allgemeine Charakter. Warum kann es für uns nur das eine geben, aus der Schule auszuschließen, was die Schüler kennen und was in der Volkshule unterrichtet. Er kann außerhalb der Schule gelehrt werden. (Zuruf Böning: Aber doch in Dömitz.) Schauen Sie nur in die Vergangenheit zurück. Wenn heute den Kindern im fünften Gebot gelehrt wird, „Du sollst nicht töten“, und diese Kinder haben es nicht gelernt, daß während des Krieges die Geschichten, die sich über die Religion hinwegsetzten den Kindern predigen, daß das fünfte Gebot nicht wahr gelte. Es müßte ja Zweifel in der jungen Generation entstehen, wenn ein empfindlich der Gebot die Lehrer mit der entgegengelegten Zeit vorgelegt. Diese Kinder müssen demnach zurückkommen. Es gibt aber auch solche, die nachdenken, und die empfinden den Widerspruch. Ich will hier keine Religionslehre entwickeln. Aber ich könnte eine ganze Menge von Gesetzen aufstellen, in denen die religiösen Dogmen der wissenschaftlichen und geschichtlichen Erklärung nicht mehr nachgeben. Denn Sie alle den Religionsunterricht in der Schule betreiben wollen, dann entbringt das nur dem Wunsch, die Schule unter ständiger Aufsicht zu bringen. Das wollen wir aber unter keinen Umständen. (Zuruf bei dem Sen.)

Die Sozialdemokratie für Betriebsräte.

Der Entwurf der Sonntagabend-Verhandlungen bildet die Grundlage der Volkshule, die die Rechte der Arbeitnehmer regelt. Der Artikel 112 des Verfassungsentwurfs lautet:

Die Arbeiter und Angestellten bilden aus ihrer Mitte für Arbeiter und Angestellte zentrale, selbständige, die den Arbeitern und Angestellten in Gemeinschaft mit den Vertretern der Regierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuarbeiten. Das Nähere regelt ein Gesetz.

Die beiderseitigen Organisations- und ihre Verhandlungen werden geregelt.

Für Arbeiter und Angestellte wird zur Wahrnehmung ihrer Interessen und wirtschaftlichen Interessen ein zweites Ausschussorgan der gesamten wirtschaftlichen Gemeinschaft der produktiven Arbeiter eine Kammer der Arbeit gemäß Artikel 44 des Entwurfs 2 gebildet.

Die unabhängigen Gewerkschaften beantragte, dem Entwurf folgende Fassung zu geben:

Als wirtschaftliche Vertretung der arbeitenden Bevölkerung wird ein Landesarbeitsrat gewählt, der sich auf Betriebs-, Berufs- und Industriegruppen-Mitglieder nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes aufbaut. Der Landesarbeitsrat hat das Recht, Betriebsräte wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Art einzubringen und in dem Volkstage durch eines seiner Mitglieder vertreten zu lassen. Ueber die von anderer Seite eingebrachten Gesetze dieser Art ist er gutachtlich zu hören. Den vorgenannten Räten können auf den ihnen überwiegenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbevollmächtigungen übertragen werden.

Die sozialdemokratische Fraktion stellt den Antrag, den Artikel wie folgt abzuändern:

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Verhandlungen werden anerkannt. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsräten. Diese werden zu einer Kammer der Arbeit gemäß Artikel 44 zusammengeschlossen. Das Nähere regelt ein Gesetz.

Der sozialdemokratische Antrag wurde begründet durch den

Abg. Radeffski (Soz.): Wenn der bürgerliche Stand auch bei diesen wichtigen Paragraphen nach derselben Methode verfahren sollte wie bisher, dann werden die bürgerlichen Parteien auch die Verantwortung für die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe zu tragen haben. Es wird hier sehr viel gesprochen vom Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Jeder Angestellte und Arbeiter, welcher die erste Sorge seines schwer geprüften Volkes erkennt, hat das Recht, die Bestreben, mit an dem wirtschaftlichen Aufbau zu arbeiten. Zunächst an einem anderen Bau als der, der zusammengestrichen ist. Diese Arbeiter und Angestellten sind in Dömitz schon sehr noch immer nicht entschlossen, die Arbeiter als gleichberechtigte Partner in der Wirtschaft zu anerkennen. Sie wollen noch immer nach der Methode wirtschaften, die während des Krieges gang und gäbe war, wo man unbelohnte Arbeiter in den Schützengräben stellte. Dazu kamen die Korruptionsercheinungen in der Wirtschaft. Ich erinnere nur an die Transiten der Berliner Gesellschaft und der Sauerbreyer Maschinenfabrik. Die Arbeiter aber hatten keine Einrichtungen in den Betrieben, durch welche sie auf die Wertschöpfung dieser Wirtschaft hinarbeiten könnten. Die alten Arbeiterausschüsse, die durch einen kaiserlichen Erlass vom 4. Februar 1890 geschaffen worden waren, entsprachen durchaus nicht mehr den Zeitverhältnissen. Die Ausschüsse haben nie eine rechtliche Stellung gehabt. Sie wurden teilweise gelitten, teilweise mißachtet und hauptsächlich als Parastatute betrachtet. Alle Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokratie scheiterten damals an dem Widerstand der gesamten bürgerlichen Parteien. Die Betriebsausschüsse, die nach dem vorliegenden Entwurf gebildet werden sollen, sollen nicht viel anders sein, als die bisherigen Arbeiterausschüsse. Sie sollen auf die Zustände im Ruhrgebiet und im Mitteldeutschland hin. Gänze die alte deutsche Gesetzgebung der Arbeiterschaft mehr Rechte zugestanden, dann hätten die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften die Arbeiterschaft besser aufklären können. Der Reichstag Dömitz sollte kein Gesetz mit wirtschaftlichen Einrichtungen begünstigen, so daß er als Schlichter für die übrigen Länder angesehen werden kann. Ein Gesetz wollen dem Dömitz Arbeiter noch Rechte nehmen, die er sich durch die deutsche Revolution erdacht hat. Wir verlangen, daß Betriebsräte geschaffen werden, die innerhalb der Betriebe das Recht haben, mitzuwirken bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die das Kontrollrecht haben und das Recht auf Einsichtnahme in die Bilanz. Der wirtschaftliche Arbeiter hat ein Interesse an dem wirtschaftlichen Aufbau unseres Volkes. Dieser aber kann nur vor sich gehen, wenn die Arbeiterrechte Rechte einräumen, wie es unter Artikel 108 steht. (Zuruf Sen.)

Abg. Göttschall (Zentrum): Die alten Verhältnisse der Vorkriegszeit lassen sich heute nicht mehr aufrechterhalten. Ein Teil meiner Fraktion tritt für die Betriebsräte ein. Wir alle müssen zum Wohl des Wirtschaftsliebenden arbeiten. Notwendig dazu ist auch das Einverständnis von beiden Seiten einzuhalten werden. Die Betriebsräte und die Vertreter der anderen Berufe müssen zu einer Kammer der Arbeit zusammengeführt werden. Ferner müssen in Dömitz auch die Arbeitgebervereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer begründet werden. Wie sich in Deutschland als ein guter Weg zur Verständigung zwischen beiden Seiten bewährt haben.

Abg. Wöhrer (Fr. S. D.): Die Lage des Unternehmertums im Reichstag ist außerordentlich schwierig. Kämpferische Unternehmer und Kapitalisten, mit deren Hilfe allein wir vorwärts kommen können, wollen sich hier nur niederlassen, wenn das Betriebsrätegesetz im Reichstag nicht Anwendung findet. Wollen wir das Wirtschaftsleben hier weiter entwickeln, so darf das Unternehmertum nicht behindert werden. Es ist wichtig, auf die Kapitalisten zu wirken. Das Kapital ist nur dadurch zusammengekommen, daß stetige Menschen es geparkt haben.

In der zweiten Debatte äußert sich der Abg. Petrus (Zentrum) in ähnlichem Sinne. Nach ihm würden der Arbeiterschaft keine Rechte zugestanden, wie keinem anderen Beruf. Der Unternehmertum der Arbeiterschaft gibt es auch andere Formen, als die der Betriebsräte. Das deutsche Betriebsrätegesetz ist für seine Partei unannehmbar. Nach seinen Ausführungen des Abg. Göttschall und einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Debatte geschlossen. Die Entwürfe der sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen, wurden in gemeinsamer Abstimmung mit 61 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Nächste Sitzung heute, Dienstag, 2 Uhr. Dritte Lesung des Verfassungsentwurfs.

Deutschland.

Moskauer Fußritte der Unabhängigen.

Die Bremer „Freiheit“ veröffentlicht fortgesetzt Berichte vom Kongress der dritten Internationale, aus denen hervorgeht, daß die Unabhängigen dort von den wackeligen Kommunisten sehr unklar gelassen werden, nichtsdestoweniger muß sich die „Freiheit“ so stellen, als sei sie mit dem Verlauf der Tagung sehr zufrieden.

Ueber die Sitzung vom 1. August wird gemeldet, daß Dittmann eine große Rechtfertigungsrede hielt, um das Verhalten der U. S. P. gegenüber Sowjetrußland ins rechte Licht zu setzen. Da es keinem politischen Kathos wird aber Dittmann die Lächerlichkeit nicht aus der Welt schaffen, daß er während der ganzen Dauer seiner Tätigkeit als Volksbeauftragter von November bis Dezember 1918 sämtlichen Arbeitervereinigungen zugestimmt hat, daß das Bündnisangebot

Sowjetrußlands ablehnten und sich gegen die Ausnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland aussprachen. Ebenso hat Dittmann der Zustimmung der Eisenen Division gegen die Bolschewistenheere zugestimmt usw., usw.

Die unabhängige „Freiheit“ berichtet selber: Die Genossen Tolano, Maner, Weinstop wandten sich entschieden gegen die Angliederung der Unabhängigen Partei an die dritte Internationale. Der Genosse Korjowki erklärt, daß die Angliederung von politischen Organisationen, die ihr Programm nicht offen erklären, und nicht klar zum Ausdruck bringen, mit wem sie sich verständigen wollen, keinesfalls gebildet werden dürfe.

Darauf erhielt Crispian das Wort. Und was sagte er? Er stellte — laut Bericht der „Freiheit“ — nach dieser Serie von Fußritten „mit Genugtuung fest, daß die Mitglieder der dritten Internationale augenscheinlich nunmehr ausreißend über die Vorgänge in Deutschland unterrichtet seien.“ Das ist selbst der geduldigen „Freiheit“ zuviel und sie schämt über offensbare Weisungen des Berichtes. So arg kann es aber nicht sein. Wilhelm Herzog nämlich, der sich in Moskau erfolgreich einer bolschewistischen Befehrskur unterzogen hat, funkt von dort Berichte an das Hamburger Parteiorgan der Unabhängigen, offenbar mit offizieller Unterstützung der Sowjetregierung, aber sehr zum Verger der „Freiheit“, die sich über die „Unzuverlässigkeit“ dieser Berichterstattung entrüstet. Radeffski wandte sich, so heißt es in dem Bericht Herzogs, „mit äußerst klaren Worten gegen die Taktik des Zentralkomitees der U. S. P. D. Während Engländer, Italiener, Franzosen, Amerikaner, Sineser, Chinesen, Koreaner seit Wochen und Monaten den Weg nach Moskau gefunden hätten, glänzten allein die Deutschen durch Abwesenheit.“

Die Unzuverlässigkeit der unabhängigen Ausreden sei unzulässig. So sprechen Händler, schlechte Kaufleute, jedenfalls keine Revolutionäre. Entweder wollen sie den Anschluss an die dritte Internationale oder sie wollen ihn nicht. Aber unwürdig ist es einer revolutionären Partei, die Phrasen der bürgerlichen Diplomatie im Verkehr mit dem Zentralkomitee der dritten Internationale zu verwenden (Papiermangel, keine Zeit vor den Wahlen und ähnliches).

Ueber die Behandlung der Unabhängigen in Moskau läßt Herzog seinen Freund Radeffski folgendes sagen:

„Jede Neigung zu langen Redensarten besteht bei uns nicht. Wenn sie glauben, daß sie uns durch die fünf Millionen Wähler imponieren können, so antworten wir ihnen mit der „Deutschen Tageszeitung“. Die Millionen werden mit den Kommunisten gehen in jedem praktischen Kampf, nicht mit den Führern, die sie betrügen wollen.“

Hierzu versichert die „Freiheit“, es werde durchaus nicht so schlimm mit den Unabhängigen in Moskau verfahren, wie ja aus ihren Berichten hervorgehe. Nach dem obigen Zitat aus dem „Freiheit“-Bericht kann sich aber jeder ein Bild machen, ob in Moskau mit den Unabhängigen nach Radeffski Rezept verfahren wird oder nicht.

Ausland.

Rom gegen Nazareth.

Ein Motu proprio des Papstes gegen den Sozialismus.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein Motu proprio des Papstes, worin angeordnet wird, daß anlässlich des 50. Jahrestages der Ausrufung des heiligen Joseph zum Schutzheiligen der katholischen Kirche in der ganzen Welt feierliche Zeremonien veranstaltet werden sollen. Das Motu proprio weist auf die Gefahren und die Verwüstungen hin, die weit schlimmer als die des Krieges, der Welt durch jene Lehren drohten, welche die Menschen allein zur Eroberung materieller Güter antrieben, die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft gegeneinander stellten und so Unordnung und Unheil unter den Menschen hervorriefen. Der Papst verurteilt das Nachlassen der Sittlichkeit und fordert die Christen auf, für den Kult des Kirchenpatrons Sankt Joseph zu werben und die Arbeiter unter seinen Schutz und Schirm zu stellen, damit sie vor den schweren Gefahren des Sozialismus bewahrt würden, der der größte Feind der christlichen Lehre sei. Der Papst fordert die Gläubigen auf, die Verehrung der heiligen Familie zu verbreiten, deren Oberhaupt der heilige Joseph sei; denn die Familie sei die Grundlage der menschlichen Gesellschaft.

Die Lehren zur Eroberung materieller Güter sind die Heilslehren des Kapitalismus. Aber gegen die kapitalistischen Schiedertänze um das „goldene Kalb“ hat sich das Papsttum nie gewandt. Wenn aber arme Proletarier ihr Recht ans Leben fordern, wenn sie die kapitalistische Ausbeutung beseitigt wissen wollen, dann wird die Lehre von der Eroberung materieller Güter als Teufelswerk in Acht und Bann getan. Hohe kapitalistische Politik aber treibt der Papst, wenn er von den schweren Gefahren des Sozialismus redet, der der größte Feind der christlichen Lehre sei. Was würde der Nazarener zu solcher „Weisheit“ sagen? War es nicht Jesus von Nazareth, der die Geldwechsler aus dem Tempel gejagt hat? Und haben nicht zahlreiche selbst hohe katholische Geistliche bestätigt, daß die christliche Lehre von der Liebe zum Nächsten verlangt, daß die kapitalistische Ausbeutung beseitigt wird? D. h. daß ein sozialistischer Staat nur im Sinne des Gründers der christlichen Kirche sein kann? Der derzeitige Nachfolger Petri auf dem Stuhl in Rom aber möchte wohl dem Kapitalismus in der katholischen Kirche besondere Ehrenplätze anweisen. Sozialisten aber am liebsten ektommunizieren. Was sagen zu diesem Motu proprio die christlichen Gewerkschaften? Werden sie in ihren Lohnforderungen noch bescheidener werden, als sie es ohnehin schon sind? Und wird die deutsche Zentrumspartei nach diesem Motu proprio handeln und ihre bescheidenen sozialistischen Konzessionen, die sie unter dem Druck der Revolution machen mußte, wieder ableugnen? Wir Sozialdemokraten würden dies schon genügend vernarrten.

Sturm im englischen Unterhause.

London, 6. Aug. Die Vorlage über die außerordentlichen Berichte in Irland wurde in dritter Lesung mit 206 gegen 18 Stimmen angenommen. Am Verlauf der Verhandlungen richtete der irische Nationalist Devlin einen heftigen Angriff gegen die irische Politik der Regierung und gegen die Vorlage. Als der Vorsitzende ihn aufforderte seinen Platz wieder einzunehmen, fuhr er fort zu sprechen und weigerte sich, dem Ersuchen des Vorsitzenden, das Haus zu verlassen, Folge zu leisten. Ein Antrag auf Ausschließung Devlin wurde mit 229 gegen 43 Stimmen angenommen. Devlin verließ darauf das Haus begleitet von den anderen Nationalisten und der Mehrheit der Arbeiterpartei.

Danziger Nachrichten.

Das Ende der Danziger Privatindustrie.

Der Verfasser unseres ersten Aufsatzes unter dieser Überschrift schreibt uns: In ihrer Nr. 174 und 176 vom 27. und 29. Juli bringen die „Danz. Kessl. Nachr.“ auf unsere Antwort vom 26. Juli über eine bezügliche Abhandlung der „D. N. R.“, die, wie das Blatt mittelst „aus Kreisen der Danziger Privatindustrie“ stammen, zwei längere Erwidrerungen, auf die wir kurz antworten wollten.

Wie gewöhnlich, wird die Danziger Arbeiterschaft auch in diesen beiden Artikeln für das Stilllegen einiger Danziger Betriebe verantwortlich gemacht, ja noch mehr: man wirft ihr vor, sie betriebe das „Ende der Danziger Privatindustrie“. Auf diese Anwürfe einzugehen, ist zwecklos. Sie sind so haltlos, daß es Zeit- und Papierverschwendung bedeuten würde, wenn wir den „D. N. R.“ und ihren „industriellen Kreisen“ den näheren Nachweis führen wollten, von dem die „D. N. R.“ und ihr „industrieller Kreis“ doch nicht zu überzeugen sind.

Wir haben unseren Darlegungen in Nr. 172 der „Volksstimme“ nichts hinzuzufügen. Möchten nur noch einmal hervorheben, daß die Firma J. W. Klawitter bei der plötzlichen Arbeitsniederlegung der Schiffszimmerleute weder die zuständigen Gewerkschaften um Vermittlung anging, noch ihnen eine Mitteilung von der beabsichtigten Ausperrung gemacht hat.

Daß der Wille zur Ausperrung bei der Firma vorlag, geht aus ihrem Verhalten während der schwachen Ausperrung deutlich hervor. Obwohl der Streik der Schiffszimmerleute der Danziger Werk längst beigelegt ist, macht Klawitter noch keine Anstalten, die Ausperrung aufzuheben. Im Gegenteil, sagen die „industriellen Kreise“ am Schlusse des Artikels vom 29. Juli u. a.: „Es ist leicht Mädel zum Stillstand zu bringen, aber schwer, sie wieder in Gang zu bringen. Bisweilen kommen sie nicht wieder in Gang.“

Hiermit widerlegen sich die „D. N. R.“ und ihre „industriellen Kreise“ selbst. Sie bringen offen zum Ausdruck, daß die Fabrikräder nicht eher laufen werden, bis es ihnen paßt. So will es die Unternehmerrückwärts!

Wahrscheinlich ist die Klasse der Unternehmerverbände durch die vorerhaltenen Löhne der Arbeiter und Angestellten so aufgeschwemmt, daß einige Danziger Betriebe sich den Luxus der Stilllegung leisten können. Der so entgangene Profit wird durch die Sabotagefälle der Unternehmer ersetzt.

Die schuldlos ausgesperrte Arbeiterschaft der Firma Klawitter wird den ihr aufzunehmenden Kampf durchhalten! Den „D. N. R.“ und ihrem „industriellen“ Anhang möchten wir jedoch in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse dringend raten, den Boykott nicht zu überspannen, es könnte sonst die Zeit kommen, wo sie selber erkennen, wie unklug sie gehandelt haben, als sie ihr Interesse schrankenlos über das Allgemeinwohl setzten.

Ungeheuerlicher Grundstückswucher.

Wir haben dauernd auf den mit Danzigs Grund und Boden betriebenen schier unheimlichen Wucher aufmerksam gemacht. Dauernd haben wir auf die damit für Danzigs Deutschum und die Mieter geschaffenen Gefahren hingewiesen. Die mehrfachen „Verkäufe“ der meisten Danziger Hotels, vor allem die Millionensteigerungen des „Danziger Hofes“ und der „Passage“, haben die öffentliche Aufmerksamkeit wachgerufen. Es schien damals auch, als ob irgendwas zur Einschränkung des Grund- und Bodenwuchers und gegen die Ueberfremdung Danzigs geschehen sollte. Es schien jedoch bloß so. Auch die inzwischen durchgeführte Wegsteuerung des größeren Teiles solcher Wuchergewinne hat die spekulative Laivkraft nicht unterdrücken können. Nach wie vor wird mit Danzigs Grund und Boden gehandelt, als ob es sich um die sauberen Rappen der polnischen Noten handelte. Was auf diesem Gebiet noch möglich

ist, beweist die letzte amtliche Bekanntmachung des Amtsgerichts über die Veränderungen im Grundbesitz. Darin findet sich folgende Feststellung eines Grundstücksverkaufs, die sich wie die Darstellung eines Kettenhandels liest. Der amtlich trockene Stil wird lebendig bei folgender Notiz:

Strandgasse 9 von dem Tischlermeister August Knapp hier an den Kaufmann Berthold Broeger in Bromberg für 122 000 Mark, und von diesem an die Kaufleute Julius Lewinsky hier und Wilhelm Beiste hier für 210 000 Mark, und von letzteren an die Kaufleute Casar und Adolf Löhn in Lautenburg Wpr. für 320 000 Mark.

Das Haus hat demnach in überraschend kurzer Zeit nicht weniger als dreimal seinen Besitzer gewechselt. Es ist während dieses Wechsels tatsächlich von Danzig nach Lautenburg verlegt worden. Und außerdem ist sein „Wert“ von 120 000 auf 320 000 Mark gestiegen. Der „Wertzuwachs“ beträgt somit 200 000 Mark! Er übersteigt den Anfangspreis sogar noch um 80 000 Mark. Den größten Reibach machten jedoch die beiden Zwischenbesitzer Lewinsky und Beiste, die wahrscheinlich keine 24 Stunden lang Eigentümer des Hauses gewesen sind. Für diese schweißtreibende Mühe strichen sie aber statt der selbst gezahlten 210 000 Mark bereits 320 000 Mark ein. Sie hatten also einen „Gewinn“ von nicht weniger als 110 000 Mark; das sind noch mehr als 50 Prozent des Preises, den sie selber gezahlt haben.

Wie ist es nur möglich, daß ein solcher Kettenwucher mit Häusern und Grundstücken bei allem Wohnungslehd Danzigs geduldet werden kann? Es spricht doch aller Moral und Sittlichkeit Hohn, so skrupellos mit der Wohnungsnot der Vermissten zu wuchern. Alles, was man gegen das Glücksspiel der Kriegsgewinnler und Schieber einwenden mag, verbläht gegen diese frivole Spekulation mit menschlicher Gesundheit und Lebensglück. Die praktischen Wirkungen eines so unsinnigen Hinaufreibens der Grundstückspreise brauchen leider nicht erst gesucht werden. Im 200 000 Mark stieg das Haus im Preise. Das Danziger Adreßbuch, das nicht bloß die selbständigen Haushaltungen aufzählt, nennt nur 6 wirtschaftlich Selbständige als Einwohner des verwucherten Grundstückes. Deren Miete soll nun selbstverständlich die „Mollage“ des neuen Besitzers beseitigen. Für die höhere Verzinsung des Hauses, die naturgemäß größere Rente usw. müssen die armen Einwohner bluten. So entstehen auch die „revolutionären“ Wallungen der „armen“ Hausbesitzer gegen Mieterchutz, Mietseinsparung usw. Dießem tollen Spiel mit dem Grund und Boden muß ein Ende gemacht werden. Es muß, wie wir es schon längst gefordert haben, dafür Sorge getragen werden, daß kein Haus ohne Zustimmung der Stadtverwaltung veräußert werden darf.

Auswanderung deutscher Arbeiter nach Sowjet-Rußland.

Die Leitung des Wanderungsamtes der Stadt Danzig läßt uns die nachfolgenden Ausführungen zur Beachtung für Auswanderungswillige zugehen:

Dem Amte gehen von einwandfreier Seite neuerdings Berichte über eine von russischen Agenten in Mitteldeutschland, besonders im Magdeburgerischen und Sächsischen, betriebene Propaganda zu, die zahlreiche deutsche Arbeiter zur Auswanderung veranlaßt hat. In den Berichten wird besonders betont, daß hauptsächlich tüchtige und fleißige Arbeiter mit großer Familie der Verführung zum Opfer fallen. Verlockt von den roßigen Bildern, die ihnen gewissenlos vorgespiegelt werden, haben sich hiernach bereits über 9000 Arbeiter unterschrittlich bereit erklärt, mit ihren Familien nach Rußland überzusiedeln, meist qualifizierte Arbeiter aus der Eisen- und Maschinenindustrie. Diese Leute sind zum Teil bereits mit Reisepapieren und Pässen ausgestattet worden und haben auch mit dem Verkauf ihres Hausraumes begonnen.

Es ist bezeichnend, daß sich fast ausschließlich solche Leute gemeldet haben, die noch nie in Rußland gewesen sind, weder Sprache noch Verhältnisse kennen, und die sich über die Tragweite ihres Entschlusses gar nicht im klaren sind. Die Leute sehen nicht ein, daß trotz der in Aussicht gestellten außerordentlich hohen Löhne bei der 3. 31. in Rußland herrschenden Leuerung von Ertragsmitteln keine Rede sein kann, um etwas in die alte Heimat mit diesen später zurückerhalten zu können. Sind sie einmal erst in Rußland, so werden sie dort den trostlosen Verhältnissen zum Opfer fallen und kaum Möglichkeiten haben, Schilderungen der wahren Verhältnisse in die deutsche Heimat gelangen zu lassen. Ein Auktakt dessen, was sie erwartet, bildet die Tatsache, daß ihr deutsches Geld an der Grenze zu part (!) gegen russisches Geld eingewechselt wird, die Ausplünderung der Auswanderer also gleich an der Grenze beginnt. Der Sammelpunkt scheint Leipzig zu sein.

Wir finden in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ von ansehnend zuverlässiger Seite hierzu noch folgenden Warnungsruf:

„Warnen Sie um Gottes Willen alle Deutschen als Arbeiter, auch in leitender Stellung, jetzt nach Rußland zu gehen. Sie setzen sich dort alle einem entsetzlichen Sklavensleben aus. Die bevorstehende Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht würde sie zu elenden Heloten machen. Hilfslos werden ihnen nichts nützen; entmenschte Chinesen, Esten und Letten würden ungewisse Wagner schnell ins Jenseits befördern.“

Andererseits ist von dem hiesigen Wanderungsamt bereits darauf hingewiesen worden, daß Rußland, sowohl der fernere Osten wie insbesondere der somig fruchtbare Süden (die Ukraine, Transkaukasien, Georgien u. a. Teile) für geschickte, solide Handwerker und auch für Landwirte mit einigen Mitteln später — nach Eintritt geordneter Verhältnisse — zweifellos ein aussichtsreiches Auswanderungsziel sein wird. Interessenten wollen sich daher mit der hiesigen zuständigen Stelle (Sandgrube 41 a) in Fühlung halten.

Polnische Flüchtlinge in Danzig.

Die Zahl der polnischen Emigranten wächst mit ungeheurer Geschwindigkeit. Vor kurzem befanden sich im Danziger Emigranten-Lager Tropf ungefähr 2000 Auswanderer, die nach heutigem Bericht auf 4000 angewachsen sind. Man rechnet jedoch täglich noch auf neuen Zuwachs. Der immer rascher sich abwickelnde Vormarsch der Sowjettruppen veranlaßt alle vom Vormarsch bedrohten Ortschaften, vor allem die Bevölkerung Warschaws zu eiliger Flucht. Wer aus Warschau kommt, bringt Kisten und Kisten mit. Neben den jahrhundertmächtigen Personenzügen und dem D-Zug Warschau—Danzig läuft seit gestern ein besonders eingeregelter Zug aus Warschau ein. Ganze Waggonsladungen Gepäck türmen sich am Hauptbahnhof auf. Aber nicht alle sind so glücklich. Der unvorsichtig vom Vormarsch betroffen wird, ist froh, seine Angehörigen und das Notwendigste zu retten.

Die Leute, die im allgemeinen eben beschriebenen Umständen machen und in einem schreckensvollen Bilder der letzten Jahre erwecken, werden vom Hauptbahnhof mittels eines besonderen Zuges in das Lager Tropf überführt. Bisher hat sich glücklicherweise noch keine Seuchengefahr bemerkbar gemacht. Die Ueberwachung durch besonders dazu beauftragte Danziger wie amerikanische Ärzte ist sehr scharf. Erst nach gründlichster Desinfizierung wird die Weiterfahrt nach Amerika vom Lager aus vermittelt. Der Norddeutsche Lloyd, die Danhard-Linie u. a. übernehmen den Transport der Emigranten, die in Amerika angeheftet werden.

Renate.

Novelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

15) Mein Gebirn erzitterte, und fast wäre der Kelch aus meiner Hand gestürzt. „Renate!“ rief ich leise; in Lobesangst brach dieser Ruf aus meinem Munde: „Renate!“

Wohl sah ich, daß ein Fittler über die schöne Gestalt des Mädchens hinlief; dann aber, ohne aufzusehen, ihr weißes Saetuch in die Hände pressend, wandte sie sich ab, und bei dem Schlufgeleuge der Gemeinde sah ich sie langsam den langen Steig hinabschreiten.

Wie ich mein Neßgegend abgelegt und in meiner Eltern Haus zurückgekommen, vermochte ich kaum zu sagen; wußte nur, als ich dabei an meinem Vatte stand, daß auch wohl ein junger Prediger, der ich war, nicht mit also ungestümen Schritten über den Kirchsteig hätte dahinstürmen sollen. An meines Vaters Krankenbette vermochte ich igo nicht zu treten; ich küßte den Kopf in beide Hände, und mit geschlossenen Augen spähele ich nach dem Weg der Pflicht, den ich zu gehen hatte.

Aber nur eine kurze Weile; dann schritt ich den wohlbekannten Fußsteig nach dem Hof hinab. Wieder, wie vor Jahren, schrien die Elftern oben in den Bäumen; und da ich links vom Fluß in das Zimmer eingetreten war, schien es mir weiler und einsamer, als ich es zuvor gesehen. Dennoch hatte ich Renate's logische Erbitt; sie sah drüben auf ihrem Platz am Fenster, den Kopf gesenkt, die Hände vor sich hingehaltet. Da ich dann näher trat, erhob sie sich langsam, als ob sie müde sei; und in dem langen, schwarzen Gewande, das sie igo trug, erschien sie mir gar nicht anders als gleich einer Fremden. Als ich aber stehen blieb und sie mir ihren Namen anredete, rief auch sie: „Jofias!“ und streckte beide Arme gegen mich.

War es die Liebe, so Gott zwischen Mann und Weib gesetzt, die aus ihrer Stimme Klang, oder war es ein Fittler, ich vermochte das nicht zu erkennen; aber ich zog sie nicht an meine Brust, wozu mein Herz mich mit gewaltigen Schlägen zwingte, sondern beharrte auf meinem Platz und sprach: „Du, Jofias, es ist nicht Jofias, es ist der Priester, der hier vor dir steht.“

Da ließ sie die Arme sinken und sagte dumpfen Tones: „So spricht: Was hab' Ich dir zu sagen?“

Und wie sie mich sah, daß dem ersten Anblick mit ihren großen Augen anfaß, da sprach sie in mir auf: „Du kannst sie nimmer lassen;

in diesem Weibe ist all dein irdisch Glück!“ Aber ich rief zu meinem Gott, und er half mir, bei meinem heiligen Amte die weltlichen Gedanken in die Tiefe bannen.

„Renate!“ sprach ich. „Wer war es, der dich zu der Todstunde verführte, daß du den Leib des Herrn von deinen Lippen spießt? Kenne seinen Namen, daß wir mit Gottes Engeln ihn besegen!“

Aber sie wiegerte nur das Haupt. „O die armen, alten Leute!“ rief sie. „Ich weiß, es war eine Sünde! Aber da ich ihr Anblick sah, von den greisenhaften Gebrütern so ganz entzweit, da schauderte mich, daß ich mit ihnen aus einem Kelche trinken sollte, und die heilige Hostie entfiel meinen Lippen in den Staub. Bete für mich, Jofias, daß ich dieser Schuld entlastet werde!“

Ich glaubte ihren Worten nicht. „So“, dachte ich, „will der Versuchter dir entzinnen“, und sprach laut: „Vor einem Schenkengläse mag dir eklein; aber der Kelch des Herrn ist rein für alle, denen er geboten wird! Ein höllisch Blendwerk hat dein Aug verwirret; und es kommt von dem, mit welchem auch dein Vater sein unheiliges Spiel getrieben, bis Leib und Seele ihm dabei verloren worden.“

Bei diesen meinen Worten stürzte sie auf ihre Knie und hob die Arme auf und schrie: „Mein Vater, o mein Vater!“

„Ja, Jofias, nur um ihn, Renate!“ sprach ich. „Und würde unsres Gottes Allbarmerzigkeit in seinen tiefen Pfühl hinunterleuchten!“

Sie sah zu mir auf und sprach mit fester Stimme: „Die wird ihm leuchten, Jofias, so gut wie allen andern, die ihn jäh' Tod ereilt!“

Ich aber rief: „Du bist des Teufels Hochmuth, der von deinen Lippen rebell! Denn! du dich gegen den, bei dem alle Heiligung ist, und schützte dein Herz aus vor mir, der hier steht an seiner Statt!“ Und da sie hierauf schloß, so sprach ich weiter: „Da du mit unsrer alten Margret nichtens auf dem Moore gingest, wenn hast du angerufen, daß er dir von deinem Vater Kunde brächte, und was war es, das aus der kieren Luft herab mit schrecklichem Geheul dir Antwort gab?“

„Ich weiß von keinem Geheul“, entgegnete sie; „aber du, Priester Gottes, — und ein trotzig Feuer brannte in ihren schönen Augen — so ich wüßte, daß dort Kunde war, zur Stunde noch ging ich

und schrie meine Not ins Moor hinaus und fragete nicht viel, was wannen mir die Antwort kam!“

„Renate!“ rief ich. „Gei unumme spiritus!“ und sprechete beide Hände ihr entgegen. „Bekenne! Bekenne, umt wech' anges Geistern hast auch du dein Spiel getrieben!“

Sie hatte sich vom Boden aufgehoben; und da ich sie aufhob, war ein kalter Glanz in ihren Augen. „Ich trich mit den Händen, aber ihr Gewand und sagte: „Ich verstehe nicht, was Iho redet, aber mir ist, als sei das große Gemach hier so düster, wie es immer noch gewesen.“ Und da in diesem Augenblicke an die Tür gepocht ward, welcher ich den Rücken wandte, und helbige Licht trat, sprach sie mir zu: „Tretet näher, Margret! Euer Herr ist hier!“

Ich aber wandte mich um und sah unser alte Margret vor mir stehen; die schaute mich gar ernsthaft an und sprach noch etwas: „Kommet herein, Herr Jofias; denn Euer lieber Vater will nun sterben, und ihn verlangt nach einem letzten Wort mit Euch.“

Da war mir, als bedähe der Boden unter mir zusammen, und ich verließ Renate und eilte nach meines Vaters Krankenbette. Da ich eintrat, sah er laot rebend in seinen Rippen, aber seine Stimme durrte mir fremd, gleich als hätte ich ihn nicht mehr gehört.

„Es ist dein Vater, von dem du redet.“

„Renate!“ sprach ich. „Gei unumme spiritus!“ und sprechete beide Hände ihr entgegen. „Bekenne! Bekenne, umt wech' anges Geistern hast auch du dein Spiel getrieben!“

„Er steht mich nicht, Renate!“ entgegnete ich leise.

„Nein, Jofias, er ist bei denen, die ihm zu Gottes Thron wachgegangen.“

Und mein Vater sagte mit glänzenden Augen vor sich hin und redete weiter: „Lang, gar lange habe ich für ihn gepredigt — Jofias idte das gar gerne auch für mich — denn er wurde sehr alt; sein leiblich Augenlicht war erloschen, und der Schall der Welt drang nur verworren noch zu seinem Ohr. Aber da er seine Stunde naben fühlte, hieß er mich und meine Schwester ihn in die Straße führen, und wir geleiteten ihn auf die Kanzel. Da wachte er sein Anblick ringsumher und grüßte unmerklich mit der Hand, und sein silbernes Haar hing über seine blinden Augen. Er meinte, es sei Sonntag und die Gemeinde sei versammelt. Er irrte; die Schwester waren oben an seiner Seiten, und darum war nur ich allein. Aber der Wreiß auf der Kanzel erhub seine Stimme, und sie scholl hart in der kieren Kirche; denn er nahm Abschied und redete erschütternd zu allen, die hier nicht anwesend waren.“

(Fortsetzung folgt.)

Neue englische Rüpeliten.

Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes der englischen Militärdiktatur, den Danzig in letzter Linie dem terroristischen Unterhandeln der Unzufriedenen und Spasmodikern zu verbannt hat, scheint bei vielen englischen Soldaten eine andere Auffassung ihres Verhaltens gegen Danziger Bürgerlichkeit entstanden zu sein. Wir haben schon von den Skandalen berichtet, die sich vor mehreren Tagen erneut in Preßen abgepielt haben. Die englische Militärbehörde hat die Unterdrückung und die Bestrafung der Schuldigen angeordnet. Das hat aber den Latendrang englischer Soldaten durchaus nicht verhindert. Am Sonntag abend wurden von Engländern nun sogar in der Stranckhalle von Preßen neue Gewisheitsleistungen begangen. Eine Kette von 12 Eskadren "Arbeiter" dabei gemeinsam. Sie haben aber, bedingt durch die Hitze und fürchten Lärm und Stille um. Ihr rasches Treiben wurde halt durch eine englische Patrouille, die die Skandalmacher mit Gewandstücken dem englischen Lager zutrieb, beendet. Es ist für unsere Strandbesucher aber ein sehr schädlicher Trost, daß solche Mobscharen erst nach ihrer Vernehmung entlassen und geahndet werden.

Neue Preise für Schlachthof.

Die Notierungskommission des Wirtschaftsamtes hat für Schlachtwiech am 9. August 1920 folgende Preise festgesetzt:
1. Schweine: 1. Qualität 650 Mark, 2. Qualität 600 Mark.
3. Qualität 450 Mark für den Zentner Lebendgewicht ab Stall.
2. Rindfleisch: 1. Qualität 250 Mark für den Zentner Lebendgewicht ab Stall.
3. Schafe: 1. Qualität 400 Mark, 2. Qualität 350 Mark, 3. Qualität 250 Mark für den Zentner Lebendgewicht ab Stall.

Der Gutmütigkeitsverein veranstaltete am Sonntag im Stenographensaal ein Gartenfest, das in allen Teilen als gelungen bezeichnet werden kann. Der Chor, der jetzt unter der vorzüglichen Leitung des Herrn Jahnke steht, brachte beachtenswerte Proben seines Könnens. Gemischte Chöre wie Männerchöre wechselten ab und brachten im Verein mit guter Musik in die zahlreichen erschienenen Teilnehmer eine lustige Stimmung. Ein wechselläufiges Feuerwerk schloß das Gartenfest dem nach ein Tanzplan im Saale folgte, an dem sich jung und alt tüchtig beteiligte.

Die Offenlegung in der Städtischen Speisehalle belief sich im Monat Juli 1920 auf 13 470 Mahlzeiten gegenüber 14 465 Mahlzeiten im Vormonat.

Aus Pommern.

Immer neue Verhaftungen in Neustadt.

Die Verhaftungen von Deutschen in Neustadt nehmen zu. Niemand von den führenden deutschen Persönlichkeiten ist sicher vor den Verhaftungen. Die Häcker späten Tag und Nacht herum. In der Stadt geht das Gerücht, daß beim Abtransport der für die Volkshilfsfront gebrauchten polnischen Soldaten 40 deutsche Geiseln festgesetzt werden sollen, damit die Ruhe in der Stadt gewahrt bleibe. Als Folge dieser Ankündigung hat sich solcher möglicherweise betroffener Persönlichkeiten eine Panik bemächtigt.

Seit dem 13. Juli befindet sich im Gerichtsgefängnis in Neustadt der Wirtschaftswissenschaftler aus Starogard in Pommern, der nach der Abstimmung im Osten durch Dirschau in die Heimat zurückfahren wollte. Er hat sich darüber erübrigt, daß ein polnischer Bahn-„Ueberwachungs“beamter von deutschen Abstammungsberechtigten in Dirschau 60 Mark erprekte. Der Fall kam in Danzig zur Anzeige. Sch. hatte tabelnd bemerkt, daß das zu Unrecht erhobene Geld zurückgezahlt werden müßte. Diese Äußerung hörte ein polnischer Kriminalbeamter, und als Sch. nach Neustadt kam, wurde er festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Sch. war es nicht möglich, seinen Angehörigen Mitteilung zu machen.

Der Druck der polnischen Verwaltung, der über Pommern lastet, veranlaßt die deutsche Bevölkerung zu einer Massenwanderung aus diesem Gebiete. Jetzt hat wieder eine große Menge Deutscher infolge des Aufstretens der Polen Graubenz verlassen. Im „Geislingen“ vom Rittmoch werden allein 588 Einzelpersonen und Familien aufgeführt, insgesamt sind bis jetzt 4060 Familien aus Graubenz weggezogen. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Landesflüchtigen sehr viel Personen mit polnischen Namen befinden.

Diese endlose Vergewaltigung der Deutschen in Pommern schreit immer lauter nach der Volksabstimmung für die früher zu Deutschland gehörigen Landesteile. Wir bewundern nach gerade den Mut der polnischen Vertreter im Danziger Volkstage trotz solcher Vorkommnisse immer noch über nationale Unabständigkeit durch die Deutschen in Danzig zu sagen. Niemand beklagt in Danzig die Polen, obwohl selbst ein sonst so höflicher Mann wie der polnische Abgeordnete, Rechtsanwalt Rangowski in öffentlicher Volksstagsrede vom „Höbel“ spricht.

Abbau der Kommunalisierung?

Die nachfolgenden Ausführungen eines Sachverständigen über einen der wichtigsten Punkte der städtischen Wirtschaft sind allgemein so merkwürdig, daß wir sie wiedergeben, obwohl sie nicht in jedem Punkte auf die Danziger Verhältnisse zutreffen. (Kor. „Beilage“).

Seit der Uebertragung liegt die Fleischversorgung gegenüber sehr im Augen, weil hier (speziell alle Maßnahmen, die zur Erhaltung der Schlachttiere führen, von den Landwirten übernommen werden und weil die Eisenkurve: diesen agrarischen Erzeugnissen gegenüber günstig ist. Wir haben Verhältnisse, welche den Bestand der Tiere sehr fördern sollen, von wirtschaftlichen Grundgedanken heranzu führen. Alle Anzeichen der Verhältnisse sind sich darüber einig, daß diese Verhältnisse zur Zeit fast alle sind, daß große Zahlen tatsächlich vorhanden sind in dieser Hinsicht. Eine Erklärung finden, weil sie einfach vorzuziehen werden. Eine noch bei nachträglicher Annahme ist die Handlung Scherer und darüber als „Kampfgelände“ bezeichnet werden. Die Tatsache, daß für vieles Geld auch genügend Fleisch zu haben ist, beweist die Wichtigkeit dieser Sache.

Die Forderung der Zwangsverpflichtung der Landwirte, um den Eisenkurve für die geringste Abfertigung zu übernehmen. Die Sache ist auf die Folgen zu stellen nicht. Um eine planmäßige Uebertragung zu leisten, ist es notwendig, die Verhältnisse der Kommunalisierung durch finanzielle Mittel zu unterstützen.

Die Kommunalverbände haben die Fleischversorgung auf Grund der bekannten Verordnung vom September 1915 zu regeln. Ausgesprochen ist bei dieser Regelung, daß die Fleischbewirtschaftung zentral erfolgen soll. Ebenso soll die Ausbeutung der Innereien zur Wurst im Interesse der Wirtschaftlichkeit zentral erfolgen. Viel ist über die Magistrate- oder Einheitswurst gesagt worden. Sie erzielt sich naturgemäß aus der Streckung des Produktes. Genau so wie eine Zeilung das Brot mit Zusatzstoffen gestreckt wurde und ein minderwertiges Produkt dabei herauskam, wird diese Streckung nach heute beim Fleisch und seiner Abfallprodukte im Interesse der Fleischversorgung vorgenommen. Diese Streckung ist an ein ausgeglichenes Rezept gebunden, wonach die Ausbeute von Wurstmasse bis zu einem bestimmten Grade erzielt werden muß. Daß dabei die Qualität der Wurst nicht beeinträchtigt wird, ist aus den oben erwähnten Gründen verständlich.

Als Ergebnis an Rohle, Kraft, Nicht usw. wurde verordnet, daß die Wurstherstellung nicht in Hunderten von Kleinbetrieben, sondern in einem Zentralfabrikat erfolgen muß.

In letzter Zeit haben es die kleinen Fleischmeister durch ihr Geldvermögen so vergrößert, daß viele Kommunen außerordentlich belästigt sind. Die ganze Fleischversorgung wieder den Fleischmeistern anzuführen, was bereits in vielen Städten geschehen ist. Wir können die Kommunen, die dem Drängen der Fleischmeister nachgeben, von einer gewissen Unverantwortlichkeit nicht freisprechen. Die wirtschaftlichen Grundzüge sprechen doch auch noch heute sehr für den zentralen Betrieb. Wir können uns heute wirklich nicht den Luxus leisten, daß in einer Stadt von 50 000 Einwohnern wegen der geringen Wurstpreise, die heute überhaupt zur Verfügung steht, 400 Fleischmeister ihre Wurstherstellung, ihre Maschinen mittels Kraft in Bewegung bringen, sowie in 400 Räumen Licht verschwendung. Das Wurstgut allgemein in die Obhut des Fleischmeisters zu stellen, der ohne fremde Hilfe arbeitet, ist sehr riskant. Wer und wo kann festgestellt werden, ob die Produkte, die der Allgemeinheit gehören, auch in diesen 400 Betrieben in die Wurst verarbeitet werden. Die Kontrolle ist einfach unmöglich.

Die Kommunen handeln auch schon deshalb unverantwortlich, wenn sie die Fleischversorgung wieder in die Hände der Fleischmeister übergeben, weil sie dadurch sich selbst belästen, durch die Aufwendungen, welche die Erwerbslosen für die arbeitslos gewordenen Fleischergesellen machen muß. In den Zentralfabriken werden immer noch ein Teil Gesellen beschäftigt. Die Fleischmeister, welche die Wurstherstellung selbst ausführen, tun das ohne fremde Hilfe. Es ist daher fast überall zu verzeichnen, daß dort, wo die Magistrate die Fleischversorgung den Innungen übertragen, sofort die Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe empfindlich ist. Die Magistrate machen mit Ausnahme einzelner nicht einmal den Versuch, den Fleischmeistern bei Ausübung der kommunalen Regietriebe die Verpflichtung aufzulegen, die arbeitslos werdenden Gesellen einzustellen.

Sogar das Schlachten des Viehes, welches jetzt durchweg von den Kommunen in eigener Regie ausgeführt wurde, wird jetzt wieder den Fleischmeistern zugewandt. Man bedenke, die Schlachthöfe sind alle städtisches Eigentum. Kontrollorgane, wie Tierärzte, Fleischbeschauer, Aufsichtspersonen, Reinigungspersonal werden von der Stadt gestellt. Die Schlachtungen wurden nun auch seit 1915 vom Magistrat ausgeführt und die Innungen hierfür bei der Fleischherstellung gebildet, also ein rein kommunaler Betrieb. Diesen gibt man nun einfach auf, weil die Fleischmeister drängen, die alten Zustände in der Fleischherstellung wieder einzuführen. Man läßt sich von dem Geiste der Fleischmeister einfach vom rechten Wege abbringen.

Man glaubt die Magistrate, daß bei der freien Bewirtschaftung des Viehes die Schlachtungen durch die Kommunen nicht mehr ausgeführt werden können. Weit gefehlt! Die Kommunen haben durch den Schlachtman auf dem städtischen Schlachthof, der heute überall besteht, das beste Mittel, die kommunale Schlachtung auch in der freien Bewirtschaftung aufrechtzuerhalten, indem sie genau wie früher Schlachthausgebühren von den Fleischmeistern für die Benutzung des Schlachthofes erheben. Die kommunale Schlachtung einrichten, wurden zur Unterhaltung des Schlachthofes von den Fleischmeistern bestimmte Erhöhungen erhoben, und zwar für das Schlachten eines Tieres ein bestimmter Pachtbetrag. Schlachtet der Magistrat das Vieh auch in der freien Wirtschaft selbst, dann ist einfach der Betrag ungefähr von der Höhe zu erhöhen, der heute bei der Realisation des Viehschlachtes für das Schlachten des Viehes und Erhaltung der Schlachtanlagen eingezogen ist. Die Kommunen haben hier eine langjährige Erfahrung hinter sich und dürfte die Rentabilität dieses kommunalen Zweiges sichergestellt werden.

Die Wirkung auf die Besteuerung für das Vieh würde sich weit günstiger gestalten, als wenn die alten Zustände von früher wieder bläperten. Einmal, wo die Fleischmeister selbst die Arbeit ausführen, dürfte derselbe seine Arbeitskraft höher einschätzen als ein Geiselle und dann entsprechend das Produkt damit belasten.

Andere dürfte sich das Zwischenmeisterystem der Großschlachtermeister sofort wieder breitmachen, das vor dem Kriege bestand. Diese haben ihren Verdienst so gestellt, daß sie schon damals zuerst zu den wohlhabendsten Handwerkerfamilien gehörten. Diese trieben einen innigen Sport mit Kennspieren usw.

Infolge der geringen Schlachtungen bestehen heute in Deutschland in hohe Steuern, daß Arbeiter fast gar nicht an die Aufhebung der Fleischherstellung denken können.

Die Kommunen haben deshalb auch ein volkswirtschaftliches Interesse, die Aufschaltung der Hände in eigener Regie sachgemäß vorzunehmen zu lassen, damit die Hände nicht durch eigene Schlachtungen der Fleischmeister mit ihren Lehrlingen minderwertig gemacht werden. Geisellungen aus letzter Zeit haben ergeben, daß die Hände, welche die Fleischhändler aus den Schwarzschlachtungen sammeln, einen 30-40 prozentigen geringeren Wert haben, als die der Schlachthauserzeugnisse, welche die Schlachthausorganisation für die Fleischherstellung ebenfalls ein erheblicher Grund für die Aufschaltung der kommunalen Schlachtung.

Es ist unverantwortlich von den Gemeindeführern, wo alles nach Kommunalisierung mit kommunalisierter Betriebsweise ohne Rücksicht auf die Handwerkerfamilien wieder anzuführen, ohne überhaupt die Arbeiter, um deren Hand es nicht geht, zu berücksichtigen. Darum hat auch sozialistische Vertreter nicht unbedeutend. Die Fleischmeister sind zunächst eine so unerschöpfliche Vertriebsorganisation gegenüber, daß laufende Schlachtungen, die heute nur pro Woche 50 bis 100 Tsd. Fleisch angewiesen erhalten, dadurch erhalten werden auf Kosten der Allgemeinheit eine tägliche Gegenleistung. Beteiligt sind die Vertriebsorgane bis 2 ML. eingerechnet des Viehwerthes und der Innungen pro Hund in einzelnen Orten. Bei diesen Zuständen helfen sich die Kommunen nicht einfach von dem fertigen Fleisch der Fleischmeister, sondern machen lassen und über die kommunalisierten Betriebe ausführen, sondern im Interesse der Wirtschaftlichkeit und der Konsumenten und Arbeiter ist die Aufschaltung dieser kommunalbetrieblichen Einrichtungen anzuführen.

Wir glauben, daß diese Ausführungen dazu beitragen werden, die Aufschaltung der kommunalbetrieblichen Betriebe zu gestalten und die Fleischherstellung wieder gut zu machen.

Die Kommunen, welche so bereit die Fleischversorgung in die Hände der Innungen und Fleischmeister abgaben, werden eigentlich jetzt vom Staatskommissar für Volksernährung bedrängt. Derselbe hat jetzt in Verbindung mit dem Landesfleischamt bestimmt, daß die Aufhebung der Kreisfleischereien unter allen Umständen verhindert werden muß. Die Landräte, die sie zulassen, sind dem Herrn Staatskommissar namhaft zu machen. Fleischern, die ohne Erlaubnis selbst schlachten, seien ohne Rücksicht die Betriebe zu schließen. Gegen alle, die zur Aufhebung der Zwangswirtschaft auffordern, sei mit der ganzen Strenge vorzugehen.

Aus aller Welt.

Für 44 000 Mark polnische Postwertzeichen gestohlen.

Auf dem Postamt 17 in Berlin hatte der frühere Postbote Otto Riethele aus den Markenbeständen für 44 000 Mark polnische Postwertzeichen entwendet. Er hatte sich am 6. August deshalb unter der Anklage des Diebstahls vor dem Strafrichter zu verantworten. Mitangeklagt wegen Hehlerei war der Mechaniker Paul Wübert. Der Angeklagte hatte während seiner Tätigkeit auf dem Postamt in der Abgangskammer eine Kiste entdeckt, in der sich gedruckte Postwertzeichen für die polnische Regierung befanden. Er entwendete den größten Teil der Briefmarken und setzte sich mit dem Mitangeklagten Wübert in Verbindung, dem er das Angebot machte, die Wertzeichen für 8. bis 10 000 Mark an einen Briefmarkenhändler zu verkaufen, den Mehrbetrag könne dieser dann als Verdienst behalten. Wübert erzählte seinem Schwager von diesem „Geschäft“, der die Polizei davon benachrichtigte. Ein Kriminalbeamter trat nun als Käufer auf und verhaftete den Dieb und den Hehler in einer Schantwirtschaft am Anhalter Bahnhof. Eine Hausdurchsicht bei dem Angeklagten förderte die sämtlichen Briefmarken, die zum Teil in einem Ofen versteckt waren, wieder zutage. Mit Rücksicht hierauf erkannte die Strafkammer gegen Riethele nur auf 9 Monate Gefängnis, Wübert wurde wegen Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Heiratschwindler in Ostseebädern.

Ein Heiratschwindler, der sich als amerikanischer Oberleutnant ausgibt und überall mit großer Geste auftritt, treibt in einigen Ostseebädern sein Unwesen. Er sucht den Verkehr mit reichen Badegästen und verlobt sich mit deren Töchtern. Er erzählt dann viel von seinen Grundstücksankäufen, die er für seinen Vater tätigen muß. Nach wenigen Tagen aber erklärt er schon, daß er sich in Geldnot befinde, weil sein Vermögen mit seinen Koffern noch nicht eingetroffen sei und die Geldsendung der Bank sich verzögert habe. Er droht dann stets mit Selbstmord und hat es auf diese Weise verstanden, mehrere Mädchen um größere Geldbeträge zu bringen. Verschleudert hat er auch schon Wertgegenstände gestohlen.

Ein Waggon Schokolade ausgeraubt.

Auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin war ein Waggon Schokolade für eine Berliner Firma eingelaufen. Diese wertvolle Ware reiste den Angestellten der Firma, Bälte, zu einem großen Diebstahl. Durch den Fernsprecher benachrichtigte er einen gewissen Ziegenrüder, der mit einem Fuhrmann G. nach dem Lehrter Bahnhof kam, den Wagen erbrach und 21 Kisten Schokolade zunächst nach der Kieler Straße fuhr. Hier wurde die Beute auf einen Einspanner geladen und weiter abtransportiert. Im Norden Berlins tauchte die gestohlene Schokolade in größeren und kleineren Portionen auf, so daß die Berliner Kriminalpolizei nach und nach sieben Kisten der gestohlenen Schokolade beschlagnahmen konnte. Bälte und Ziegenrüder, die beide flüchtig sind, werden von der Kriminalpolizei gesucht. Die gestohlene Schokolade repräsentiert einen Wert von etwa 60 000 Mark.

Massendiebstahl in einem Hauptzollamt.

Bei dem Hauptzollamt Lemgo entdeckte man, wie aus Detmold berichtet wird, in den letzten Tagen, daß wiederum große Mengen Tabak gestohlen worden waren. Diesmal handelte es sich um 11 Ballen im Werte von 150 000 Mark. Es gelang aber, die Diebe, den Sohn des Steuerpebellen Lerweffen, den Schneidemeister Bäumer und den Kalermeister Mitrowan, zu verhaften, die schließlich gestanden, daß sie die elf Ballen auf dem Boden des Hauptzollamts versteckt hätten, um sie bei günstiger Gelegenheit zu verschleppen. Dort wurde auch der Tabak vorgefunden. Unaufgeklärt ist immer noch das Verschwinden von Tabakballen in jüngster Zeit.

Ein Schmutzartikel gegen den Reichspräsidenten.

Den R. A. R. wird von zuständiger Stelle geschrieben: Die berüchtigte Berliner Wochenschrift „Freie Presse“ bringt in ihrer heutigen Nummer neben anderen Schmutzartikeln an leitender Stelle einen Artikel „Reichspräsident Eberts Nichts als Schönheitsstückerin“, in dem behauptet wird, daß eine sechzehnjährige Nichte des Reichspräsidenten als Schönheitsstückerin in Berliner Vergnügungshoteln auftritt. Selbstverständlich ist an dieser Geschichte ebenso wie an anderen gleicher Art, kein wahres Wort. Der Reichspräsident hat Strafverfolgung gegen das Blatt gestellt.

Bücherwarte.

Eindeutsche Monatshefte, 1. Jahrgang Heft 4. Preis 3,20 ML. Das vorliegende 4. Heft unserer Heimatzeitschrift ist wieder ein ganz erheblicher Schritt nach oben und gibt diesmal vorzugsweise den intimen Literaturfreunden sehr Geduldes. In den Führerworten macht der Herausgeber etwas wie eine entschuldigende Verbeugung vor kurzfristigen Lokalpatrioten, die partout nur Ordentliches in der Zeitschrift sehen wollen. Carl Range mag getroffen nach dem Vorbilde der „Eindeutschen Monatshefte“ und der „Alpenlande“ seinen Blick weiter richten und sich nicht durch Dilettanten hereinreden lassen: Erscheinungen, wie die deutschen Richter Mille, wie Carl Hauptmann, Dehmel, Hans Frank sind natürlich — also auch östentlich. Dem Range bezugnehmend „Oden“ mag die Rundschau ruhig vorbehalten sein. Aus dem Inhalt des Heftes ragt eine kleine, aber sehr gelungene Studie des Ägypters Hans Böttge über Kaiser Maria Theresia hervor. Kurt Adams findet kluge und treffende Worte über „Rasskritik“, und Paul Joch erzählt in seiner bildkräftigen Art über die „Rue St. Jacques“. Wernig Reuss weiß Paul Rühl über das verheiratete Thema „Goethe und Oberstleuten“ zu sagen, entgegen Dr. Ewig interessante Mitteilungen über den Danziger Hofmann Richard Dehmel macht. In einem Aufsatz macht G. v. Deussen auf die Dichterin Frieda G. Krage aufmerksam, von der einige Stücke Syriz sich als wohlklingende Verse erweisen, aber sonst nichts mehr. „Aus der Wappe eines Schriftstellers“ aber verteilt Ludwig Goldstein wieder ein Dutzend seiner schwarzpointierten, wüßlichen Witzgelesen.

Danziger Nachrichten.

Die Amnestie Gesetz geworden.

Seine Straffreiheit für den 29. Juli

Die auf den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vom Volksrat beschlossene Amnestie hat nunmehr auch die Zustimmung des Oberkommissars Sir Reginald Lower gefunden. Doch hat er die aus Anlaß der am 29. Juli begangenen Ausschreitungen zu erwartenden Bestrafungen vom Straferlaß ausdrücklich ausgeschlossen. Deshalb gilt die Amnestie hinsichtlich der hierfür in Frage kommenden Vergehen und Verbrechen nur bis zum 28. Juli einschließlich. Der Erlaß des Oberkommissars hat folgenden Wortlaut:

Auf den mit am 28. Juli d. J. ausgegangenen Beschluß der Verfassungsgebenden Versammlung des Freistaates Danzig will ich aus Anlaß ihres Zusammentritts eine Amnestie auf der Grundlage dieses Beschlusses erlassen. Die tiefbedauerlichen, verbrecherischen Vorkommnisse im Anschluß an die Demonstration des 29. Juli d. J., welche mich zu meiner Proklamation an die Bevölkerung Danzigs und zu meinem Erlaß an den Höchstkommandierenden der alliierten Truppen vom 30. Juli d. J. veranlaßt haben, nötigen mich, auch dem mit vorgelegten Beschluß der Verfassungsgebenden Versammlung über den Erlaß einer Amnestie eine Einschränkung zu geben. Die gesetzmäßige Untersuchung jener Straftaten darf durch eine Amnestie nicht verhindert werden. Ich bin überzeugt, daß ich hierbei in Übereinstimmung mit der weitläufig überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung des Freistaates handle.

Demgemäß erlasse ich hiermit die folgende Amnestie-Verordnung:

§ 1. Alle Untersuchungen wegen der vor dem 29. Juli 1920 begangenen politischen Verbrechen und Vergehen werden niedergelassen.

§ 2. Alle bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung rechtskräftig erkannten Strafen werden nebst den Nebenstrafen erlassen, soweit sie nicht schwerer sind, als Gefängnis bis zu einem Jahr oder Festungshaft bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu 5000 Mk., allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen. Das gleiche gilt für Strafen dieser Art, die bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung erkannt sind und binnen zwei Monaten nach dem Inkrafttreten rechtskräftig werden.

Ist auf Einziehung erkannt, so behält es dabei sein Bewenden. Ist wegen mehrerer selbständiger Handlungen auf Strafe erkannt, so tritt der Straferlaß nur ein, wenn die erkannte Gesamtsstrafe oder, sofern eine Gesamtsstrafe nicht zu bilden ist, die noch nicht verbüßten oder noch nicht beigetriebenen Einzelstrafen zusammen die obigen Grenzen nicht überschreiten.

§ 3. Allen zu Freiheitsstrafen Verurteilten, die nach der Höhe oder Art ihrer Strafe nicht unter den Straferlaß des § 2 fallen, aber beim Inkrafttreten dieser Verordnung nur noch höchstens ein Jahr zu verbüßen haben, wird der Straferlaß unter der Bedingung erlassen, daß sie nicht binnen 3 Jahren wegen eines nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung begangenen Verbrechens oder vorwärtigen Vergehens zu Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten verurteilt werden.

§ 4. Bei Strafen, die erkannt sind
a) wegen Schleichhandels,
b) wegen übermäßiger Preissteigerung,
c) wegen schweren Diebstahls (§ 243 R. St. G. B.)
tritt ein Straferlaß nur ein, wenn die Verfehlung geringfügig ist. Die Entscheidung darüber liegt der Landesjustizbehörde ob.

Hat der wegen schweren Diebstahls verurteilte Täter bei Begehung der Tat das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet, so tritt der Straferlaß aus § 2 dieser Verordnung ohne weitere Prüfung der Schwere der Verfehlung ein.

§ 5. Vermerke über Strafen, die nach dieser Verordnung in vollem Umfange erlassen werden, sind im Strafregister zu löschen.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 6. August 1920.

Reginald Lower.

Hiermit hat die unfröhliche Rabaukzahl der Unabhängigen-Spartakisten wieder bewiesen, daß sie nur Unheil verbreiten und verständnislose Proletariat unglücklich machen kann. Die unabhängig-spartakistische Sonderaktion vom 29. Juli hat wahrlich Opfer genug gefordert.

Pressfreiheit und Gewerkschaftskartell.

Wie wir schon vor einiger Zeit mitteilen, hatte unsere Berichtserstattung über die Verhandlungen des Gewerkschaftskartells in einem Fall besonders den Unmut der Spartakisten und Unabhängigen erregt. Deshalb beantragten die Herrschaften aus dem reichlich ausgedehnten Freiheitsdrange heraus die Boykottierung der „Volksstimme“. Darüber wurde gestern in langen Verhandlungen des Kartells gesprochen. Die Tatsache, daß die Unabhängigen und Spartakisten entgegen dem ausdrücklichen Beschluß des Kartells, einen Teil der Demonstration am 29. Juli zu ihrer politischen Sonderaktion mit den bekannten reaktionären Folgen gemacht hätten, wurde kaum erwähnt. Dieser beispiellose Disziplinbruch

Kunst und Wissen.

Joppoter Stadttheater.

„Amors Pfeil“ hieß der Titel des Singspiels von Freytag und Riefen, das gestern Abend im Joppoter Stadttheater Suppés „Schöner Galathée“ vorangestellt wurde. Es geht da um die Liebe: „gehört, gehört, was sein“ Drei Paare, zwei Hauptpaare und die Adjuvanten, bekommen eine Bräutigam, Herz, was willst du noch wissen? Das Ganze ist primitives Liebes-theater, das Elvira (Monolog, Die Nacht, Lang in vorwörter Reihenfolge, bitte) von schmerzlichem Dilettantismus und die Musik zwar gänzlich unorigional, manchmal ganz und gar schön brav. Ueberhaupt ist alles sehr brav; beim Singen des Gesangereins „Harmonie“ (musik das Stück des Gebens ist), wird es begeistert aufgenommen werden, und auch im Joppot braucht keine trübe Augenblicke um das Seelenheil ihrer Adjuvanten besorgt zu sein. Ein adreßes kritisches Eingehen verdient sich Herrsche Joachim und Grete Finkler stellen bildhafte Püppchen. Theo Sula gab wieder einmal eine Probe seiner überaus reichen Partitur-Artikulation, Georg Albrecht-Satoru sang sehr hübsch, und auch der stilliche Walter Leopold, Frieda Werner und Georg Herber, sie alle trübten den auch nur etwas Kupferstücker vor schmerzlicher Langeweile.

bedeutet dem Herrschbewußtsein der Unabhängigen gar nicht. Dagegen wurde die volle Schale des Unmuts über die Sozialdemokratie, über die „Volksstimme“ ausgegossen. Das lächerliche Dahinsinken des unabhängigen „Freien Volkes“, das erst gestern wieder hochhebt über die sozialdemokratische Parlamentsarbeit schwindelte, macht diesen Inquisitionsbericht sehr begründlich. Doch ging man noch weiter und warf uns als größte Lüge vor, daß wir auch über die am 29. Juli begangenen Gewalttaten die Wahrheit geschrieben haben! Am 29. Juli hat sogar der unabhängige Parteisekretär Ma u dem Oberbürgermeister durch einen Handzettel kein Bedauern ausgesprochen. Die ganze unabhängige Fraktion hat sich im Volksrat und in der Stadtverordnetenversammlung in gemeinsamen Erklärungen aller Parteien diesem Bedauern ausdrücklich angeschlossen. Hier machten uns jedoch der unabhängige Volksratsabgeordnete, Herr Schmidt, den Vorwurf, daß wir der Wahrheit die Ehre gaben, auf der doch allein jene unabhängige Parteibekanntmachung möglich gewesen sind! Die Höhe erklimmte jedoch der Spartakist Eierke. Dieser Herr erklärte, daß es unserm Gewissen Parteil noch einmal so wie dem Oberbürgermeister gehen würde. Eine Zurückweisung fand diese in ihrer Bedeutung völlig klare, noch dazu durch Zurufe ergänzte, Behauptung in der schließlich vertagten Debatte nicht.

Wir werden uns selbstverständlich durch keinen Terror vom Dienst der Wahrheit abschrecken lassen. Was wir über die Vergewaltigung des Oberbürgermeisters und andere Vorkommnisse am 29. Juli geschrieben haben, entspricht nach jeder Hinsicht der Wahrheit. Streng objektiv haben wir uns ausschließlich auf Augenzeugen gestützt. Deshalb können wir aber unumgänglich die Wahrheit bringen, weil Unabhängige und Spartakisten, die sonst ausschließlich von der wahrheitswidrigsten Geradenabwägung der Sozialdemokratie leben, sich heidenamtlich hinter das Gewerkschaftskartell verstecken, daß sie am 29. Juli so schände und mit so unheilvollen Folgen fabriziert haben. Was wir der gewerkschaftlichen Solidarität schuldig sind, das dürfen uns die Rechte wahrlich nicht lehren, die dauernd an der Verhinderung der mühsam aufgebauten Danziger Gewerkschaften arbeiten.

Englische Hilfe für Danzigs bedürftige Bevölkerung.

Vom Magistrat wird uns geschrieben: Der Freien Stadt Danzig wurden von der „Boys the Children Fund“ in London über 2000 Pfund Wundersüßer Milch, sowie 10 Ballen Kleidungsstücke zur unentgeltlichen Verteilung an die bedürftigste Bevölkerung geschenkt. Wir verdanken dieses Geschenk den warmherzigen und tatkräftigen Bemühungen von Miss Lower, der Nichte des Oberkommissars Sir Reginald Lower, die sich ganz besonders für die Danziger Kinder interessiert. Ueber die Verteilung entscheidet der Oberkommissar Lower.

Wir wollen der Nichte des Oberkommissars die Freude an diesem Erfolge ihrer sicher sehr menschenfreundlichen Bemühungen nicht rauben. Wir können nur wünschen, daß der Magistrat noch häufig in die Lage kommt, solche Spenden für Danzigs hungernde Kinder anzukündigen. Diese Ermüdungen können uns aber nicht daran hindern, festzustellen, daß die Hilfe leider noch weniger als einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet! Und nur deshalb, weil die Entente, die unser deutsches Danzig gewaltig vom Ruinrande gerissen hat, es heute noch nicht besser als das besiegte Deutschland behandelt. Danzig braucht Nahrungsmittel und Nahrungsmittel, sonst treibt es rettungslos wirtschaftlichem Elend und völligen Ruin zu. Unser Hinterland speert Polen ab. Aber unser Hafen steht Englands Zufuhren frei zur Verfügung! Deshalb gibt uns England und die Entente nicht, was wir brauchen! Erst wenn dies geschieht, werden unsere Kinder nicht mehr auf die Mühseligkeit menschenfreundlicher Ausländerinnen angewiesen sein. Auch die Danziger Armen haben ihren Stolz. Und sie empfinden die Annahme solcher Gaben, auch wenn die bittere Not sie ergreift, nicht ehrenvoll.

Haus-, Erd- und Tiefbauarbeiter.

Die Abbrucharbeiten auf Fort Brdren, die von der Firma Gossard ausgeführt werden, sind wegen Nichtzahlung des tarifmäßigen Lohnes gesperrt.

Wir ersuchen diese Arbeitsstelle zu meiden.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Der polnische Munitionsdampfer „Echo“.

Wir berichteten gestern, daß die deutsche Besatzung des in Rotterdam lebenden nach Danzig bestimmten Dampfers „Echo“ dagegen protestiert hat, daß für Polen bestimmtes Kriegsmaterial und Munition in Riffen an Bord genommen wurde. Als das holländische sozialdemokratische Organ „Het Volk“ feststellte, hat es sich inzwischen bestätigt, daß nicht weniger als 461 Kisten Geschosse

Der „Schiffahrt“ folgt, wie gesagt, Suppés. Die schone Galathée, zu der wir alle Lust vergangen war. Sicher aber wird sie sehr anständig gewesen sein, zumal Direktor Kozłowski den Abend geben und neben den herrlichen Akteuren des Joppoter Ensembles Hilde Baumann als Gast die Kellnerin sitzen sollte.

Kommunifizierung des Landes.

Die Kommunifizierung des Landes ist geeignet, den kommunalen Finanzen sehr Förderung zu sein. In Wien fand kürzlich eine Sitzung der Zentralstelle für Rinderzucht und Jungviehzucht statt, auf der mitgeteilt wurde, daß in Wien gegen 1776 Viehhändler mit rund 60 000 Ställen in Betrieb stehen, und daß, wenn nur die Hälfte dieser Plätze besetzt ist, bei der gegenwärtigen Höhe der Milchpreise, zu jeder eine halbe Million Kronen Erlös angegeben wird. Es ist bemerkenswert, daß diese Angabe nur aus den Zahlen des proletarischen Volkes ergeht, und daraus ist es so wichtig für uns, daß es eluzidieren, daß diese gewaltigen Summen, die da heute den Unternehmern in die Hände fallen, der Gemeinde zugute kommen.

In Deutschland liegen die Verhältnisse in dieser Beziehung bekanntlich genau so wie in Wien. Fabrikante Summen geben in den Bezirken des Unternehmertums, denn nicht nur die Städte sondern auch die Provinzen haben heute ein Unternehmertum; sondern auch das breite Land, dieses Unternehmertum, die 1000 Einwohner zählen haben heute kaum. Die Gemeinde Wien ist da durch die Kommunifizierung des Landes der Höhepunkt erreicht.

und Waffenschmiederei für Polen nach Danzig gehen wollten. Der Kapitän gab, entsprechend dem Befehl der Mannschaft, dem Kommandanten den Befehl, die Waffen von Bord zu schaffen. Danach ging das Schiff frei von Kriegsmaterial und Munition nach Danzig ab.

Volksbewilligte Fernwirkungen.

Der Reichsverband der Volkshilfen hat uns doch einige polnische Petitionen vorgelegt, in der Behandlung der letzteren verhafteten Dr. Wagner eine Änderung einbringen zu lassen. Wie die „Brücke“ erzählt, hat der Oberstaatsanwalt in Thorn angenommen, daß die Verhandlung gegen Dr. Wagner beschleunigt wird. Die Organe, die seine Verhaftung beantragen haben, sollen befristet werden. Dem Verhafteten ist es jetzt möglich, mit seiner Familie in Verbindung zu treten.

Auskunftsstelle für Pilze und Waldbeeren. Wie in den letzten Jahren hat der Magistrat auch in diesem Jahre eine Auskunftsstelle eingerichtet (siehe Inseratenteil) in der über Speisepilze und Waldbeeren an jedermann unentgeltlich Auskunft erteilt wird. Frisch gesammelte kleine Proben werden dort (Frauengasse 26) zwecks Feststellung ihrer Brauchbarkeit entgegengenommen wochentäglich von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Der Einlieferer erhält dann umgehend schriftliche Nachricht. Außerdem wird auch mündlich Auskunft erteilt und zwar am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 1—14 Uhr. Am Montag, den 16. August, nachm. 6 1/2 Uhr beginnt ein Lehrtour „Einführung in die Kenntnis einheimischer Speisepilze und Giftpilze“, mit Vorführungen und gelegentlichen Pilzgeruchungen. Vorhergehende Anmeldungen bitte Frauengasse 26 erforderlich.

Wintergarten. Uns wird geschrieben: Reinhold Schünzel, einer der erfolgreichsten und besten deutschen Filmschauspieler, ist an das Variété Wintergarten nach Danzig verpflichtet worden. Schünzel ist zugleich auch einer der charakteristischsten Komödianten, der es verstanden hat, einen persönlichen Stil zu finden. Jeder Kinobesucher freut sich von ihm geschaffenen Charakterstudien, die halb Komödie, halb Verbrechen sind. Aber er spielt immer mit Geschmack und verleiht diese Grenze nie.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden erneut Markenbogen aufgerufen, deren Haushaltungen am Mittwoch, den 11. August, in den aus der Bekanntmachung ersichtlichen Ausgabestellen neue Hauptmarkenbogen in Empfang nehmen können.

Derliche Parteinachrichten.

In die sozialdemokratischen Ortsvereine in Danzigs Umgebung.

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt veranstaltet am Sonntag, den 22. August, im Etablissement „Zur Orbnah“ in Ohra ein Sommerfest. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, um den Tag unterhaltend zu gestalten. Die auswärtigen Vereine sind freundlichst dazu eingeladen. Eintrittskarten zum Vertrieb (Stück 2 Mk.) können vom Parteibureau, 4, Damm 711, angefordert werden. Mit Parteizug: Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.

Sommerfest der Partei.

Am Sonntag, den 22. August, veranstaltet der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt im Etablissement „Zur Orbnah“ in Ohra ein Sommerfest unter Mitwirkung von Lied- und Gesangvereinen. Nachmittags Konzert, Volk- und Kinderbelustigungen, später in den Innenräumen großer Tanz. Karten werden in den nächsten Tagen ausgegeben.

3. Bezirk (Niederstadt, Speicherinsel und Anelpad).

Am Donnerstag, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr findet bei Kaminski, Gr. Schwalbengasse 18, eine Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt.

Thema: „Bodenreform und Sozialismus“.

Referent: Dr. Kaminski.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sozialdemokratischer Bezirk Ohra.

Gente, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Orbnah“ unsere Mitgliedsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gaudin über Volkshilfen. 2. Vortrag des Genossen Gaudin über Jugendbewegung. 3. Berichtangelegenheiten, Zahlreiches und planmäßiges Erscheinen erwünscht. Mitgliedsbücher mitbringen. Der Vorstand.

Jährlich zugute kommen! Einige statistische Angaben aus der letzten Zeit vor dem Kriege geben uns in diese Seite des Kinowesens einen Einblick. Sochs Städte mit zusammen 1 400 000 Einwohnern hatten damals einen Jahresumsatz von 4 Millionen Mark. Auf das Reich übertragen, ergibt das einen Jahresumsatz von 140 Millionen Mark. Der damalige Durchschnittspreis war 60 Mk. Nimmt man den Durchschnittspreis heute mit den durchschnittlich 3 Mk. an, also um fünfzig Prozent weniger, so ergibt das einen Jahresumsatz von 70 Millionen Mark. Das ist ein Verlust von 70 Millionen Mark, der durch den geringeren Verbraucher, in dem man mit einem Jahresumsatz von 1 Billionen Mark...

Nicht bedauern erregt! Jeder kann und sollte, welche Summen dem Kinowesens heute in den Schoß fallen. Summen, die durch die Kommunifizierung der Kinowesens zugute kommen würden. Die Kommunifizierung mit ihrer Beschleunigung des Kinowesens würde es dann auch mit sich bringen, daß so viel Kinowesens für künftige künftige Kinowesens einzufließen nicht mehr gegeben werden kann.

Sach nur Tag für Tag die durchgeführten denn das lange Jahr besteht aus Tagen. Jede Zeit hat glückliche Stunden. Wer herabfällt, tapfer hat die Stunden. Kräfte sind die Götter dem Kinowesens, der obliegt hat endlich der Kinowesens.

Eine unerhörte Fälschung

Begeht das unabhängige Blattchen des Herrn Stadtrat Raabe gestern wieder in seinem sogenannten Volksblattbericht. In einer ebenso launigen wie die Wahrheit echt unabhängigen bergemäßen Darstellung behauptet das „Freie Volk“ ohne Erröten, daß die Sozialdemokratie im Volkslage dafür gestimmt habe, daß die Verfassunggebende Versammlung bis zum 31. Dezember 1923 ohne Neuwahl als Vollversammlung weiterbestehen soll. Wir wollen nicht prüfen, ob diese Verleumdung bloß böswillig oder auch durch Unwissenheit entstanden ist.

Wäre es, daß die Sozialdemokratie einer solchen Bestimmung nicht zugestimmt hat, Sie könnte auch gar nicht in diese Lage kommen, weil ein solcher Antrag gar nicht zur Debatte kam! Eine der Schlußbestimmungen der Verfassung läßt nur die Möglichkeit offen, daß im Zukunft einmal zu beschließen werden könnte. Es gehört also nicht mehr als Mut dazu, daß ausgesprochen wurde die von den Unrechtskämpfern der Sozialdemokratie gar nicht mehr gefürchteten Schmeichelei auszuheben. Die Unwissenheit ist es eine Verleumdung für diese Chronikanten, daß ihr ganzer parlamentarischer „Bericht“ am Montag, so weit er von Sozialdemokraten spricht, nicht als ehrabwürdigende Verleumdung ist. Inwiefern einen gewissen Parteiführer belästigen wir nicht erst bedacht, daß nur für einen solchen unehrlichen Väterchen betriebligen. Der Hinweis nur die Spitze niedriger, daß die sozialdemokratischen Mitglieder in Deutschland hätten sich mit Gewaltverbrechen und Verleumdungen begnügen lassen. Und nun nur die armen Arbeiter noch zu noch heute in gewöhnlich angelegter werden. Verschärflicher hat nach dem Staatsanwalt über die Arbeiter und ihren Verbindungsmittel als jene Leute, die die Arbeiterkassen so tief einzuwickeln, daß sie ihr fortgesetzt solche Rückschlüsse vorzulegen mögen.

Eine jugendliche Schwindlerin treibt seit einiger Zeit hier ihr Unwesen. Sie erweist bei Familien mit so, als wenn sie dort schon länger bekannt ist und sehr kann an das sie Schmalz Karbonade und andere Lebensmittel beschaffen kann. Sie erweist ein bestimmtes Vertrauen, das ihr dann auch gleich Fortschritte in Höhe von 200-300 Mark zur die Ware gegeben werden. Sie verschwindet dann mit dem Gelde und die Verkäufer können verzweifelt auf die Ware warten. Die Schwindlerin ist etwa 18 Jahre alt, mittelgroß unterlegt, hat auffallendes blondes Haar und Sommerkleidung. Die Kleidung ist veraltet. Es wird ersucht, wer über die Person Angaben machen kann, diese dem Kriminalbureau zu melden.

Gestohlene Gegenstände. Als gestohlen angehalten sind: 1 Braunhemd, 1 brauner Hut, 1 Wollmütze, 2 grüne Jodetonsätze und 1 Wollmütze. Gegenstände werden ersucht, sich im Kriminalbureau zu melden.

Polizei-Bericht vom 10. August 1920. Verhaftet: 14 Personen, darunter: 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Hausfriedensbruch, 1 wegen Körperverletzung, 10 in Polizeigebäude. — Gefangen: 1 Tag mit Bild für Rai Wessel; 1 Handarbeit (Wasser gestift); 1 Patentkassette; 2 Schlüssel am Ringe; 1 Porzette (Schlüssel); 1 gold. Ring mit rotem Stein und Inschrift, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Wasserstandsnotizen am 10. August 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Jawollschiff	1,78	1,75	Kurzbreck	2,76
Mariham	1,96	1,77	Romanerpfthe	2,48
Schönbau	6,78	—	Dinkel	2,58
Galgenberg	4,34	—	Dirkhan	2,90
Neuhoflerbuck	2,02	—	Schleimhorst	2,68
Thorn	1,98	1,64	Wolfsdorf	2,70
Yorden	1,97	1,62	Tulm	0,02
Gulm	2,28	1,68	Auwachs	—
Grauborn	2,31	1,94		

Letzte Nachrichten.

Ein englischer Friedensaufruf.

Die Londoner Arbeiterzeitung „Daily Herald“ veröffentlicht einen Aufruf an die englischen Arbeiter, um sie vor einem neuen Krieg zu warnen. Es heißt darin: Laßt euren Kameraden wissen, daß ihr diesen Krieg nicht wollt, daß ihr in den Streik treten werdet im ganzen Lande, ehe ihr einen solchen Krieg duldet. Appelliert an eure französischen Kameraden! Der Feuersbrunst auf dem europäischen Kontinent kann noch Einhalt geboten werden, aber unter der einzigen Bedingung, daß dies sofort geschehe.

Weiter meldet der „Daily Herald“, daß trotz der Ablehnungen Bonar Lams und trotz der formellen Versicherung des Ministerpräsidenten Lloyd George gegenüber dem Unterhause die englische Regierung im Geheimen Waffen und Munition an Polen liefert.

Englische kapitalistische Wilderungen.

Wie die „Börs. Ztg.“ erfährt, sind in England Bestrebungen im Gange, die auf eine Freigabe der im Kriege beschlagnahmten Privatguthaben hinführen. London war vor dem Kriege Hinterlegungsstelle für Wertpapiere aus aller Welt. Die englische Regierung befürchtet, daß die Konfiskation die Kapitalisten aller Länder veranlassen würde, ihre Werte an einer Stelle niederzulegen, wo sie vor den Folgen der Kriegs-

verwickelungen sicher seien, und das London dadurch seine Stelle als Zentrale des internationalen Geldmarktes verlieren würde.

Amerikanisch-japanische Differenzen in Ostasien.

Haag, 9. Aug. „Eastern Service“ meldet aus Tokio: Der Bruch zwischen der amerikanischen und der japanischen Schiffahrt ist endgültig. Japan ist nur bereit, die Tarife im Ueberetinstimmung mit den amerikanischen Tarifen unter gewissen Bedingungen zu erhöhen. Die Amerikaner haben infolgedessen die Besprechungen abgebrochen und sich freie Hand vorbehalten.

Italiens Versöhnungsbestrebungen.

Die deutsche Botschaft in Rom empfangt angeblich die Zusage seitens der italienischen Regierung auf Zurückstattung der Bücher des archäologischen Instituts. Die Rückgabe auch sämtlicher übrigen in Italien befindlichen rein wissenschaftlichen Institute kann, wie der „Börs. Ztg.“ gemeldet wird, als unmittelbar bevorstehend bezeichnet werden.

Eine Ruhrepidemie in Dortmund.

Dortmund, 9. Aug. (B. L. B.) In Dortmund sind seit Mitte Juli 600 Ruhrepidemien amtlich gemeldet worden, wovon 96 tödlich verliefen. In der Woche vom 1. bis 7. August sind 270 Neuerkrankungen gemeldet worden.

Neutralität der Tschecho-Slowakei.

Prag, 9. Aug. (B. L. B.) Unzweifelhaft des russisch-polnischen Krieges hat der heutige Ministerrat eine Rundgebung erlassen, in der nachdrücklich von neuem betont wird, daß auch weiterhin die bisherige Politik des Friedens, der Neutralität und der Nichtintervention fortgesetzt werden solle.

Der Schah von Persien nicht abgedankt.

Paris, 9. Aug. Wie der Haasagentur mitgeteilt wird, demonstriert die persische Gesandtschaft in Paris die Konstantinopeler Meldung, daß der Schah von Persien abgedankt habe.

Chefredakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagestet und die Unterhaltungsbeilage Ernst Soops, für die Inserate Bruno Gwertl, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. S. & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen.

Am Mittwoch, den 11. August werden abgefertigt:

- In der Ausgabehefte: die Haushaltungen der Straßen: Turnhalle in der Schule Schleusengasse; die Hanshaltungen der Straßen: Almodengasse, In der roten Brücke, Bastion Ausprung, Bastion Gertrud, Bastion Kessel.

- Mädchenschule Frau-graben: Am Holzraum.
- Mädchenschule Weiden-gasse 61: Althof, In der grünen Brücke, In der Kuhbrücke, In der neuen Rollan, Borborogasse.

- Mädchenschule Schidlitz, Rektorweg: Große Rolde.
- Anabenschule Baum-gartische Gasse, Eingang Krehwiedergasse: Bootsmanngasse, Brochlochengasse, Büttelgasse, Kist. Graben 1-20.

- Rechtsh. Mittelschule Gertrudengasse: Ankerschmiedegasse, Bertholdische Gasse.
- Mädchenschule Langfuhr, Bahnhofstraße: Alte Schützenkolonie.

- Anabenschule Langfuhr, Bahnhofstraße: Bärenweg, Blumenstraße.
- Reisfahrwasser, Mädchenschule Saperstr. 48-49: Bergstraße, Bahnhofstr., Bliesenstraße.

- Brdlen, bei Herrn Jierald: Auguststraße 20-36.
- Heubude, Albrechts Hotel: Dampfbootsstraße, Dornstraße, Weichselufer.

- Althofland, Evangel. Schule: In der Schäfelder Brücke.
- St. Albrecht, Schule Rem-nadergang: St. Albrecht 36-65, Remnadergang.

Die alten Hauptmarkenbogen mit Markenbogen sowie die Ausweise sind vorzulegen. Die Dienstmarken sind von 8-2 Uhr, jedoch in Schulen von 9-1 Uhr, Heubude und St. Albrecht von 9-2 Uhr.

Danzig, den 28. Juli 1920. (1920) Der Magistrat.

Städtische Speise- und Wald-beeren-Auskunftsstelle.

Früh gelammte kleine Proben werden Franzgasse 26 wochentags von 10 Uhr normittags bis 4 Uhr nachmittags zwecks Prüfung entgegen genommen. Der Empfänger erhält umgehend unentgeltliche, schriftliche Nachricht. Außerdem wird am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag dort von 1-1 1/2 Uhr mündliche Auskunft erteilt, gleichfalls unentgeltlich.

Am Montag, den 16. August, nachmittags 6 1/2 Uhr beginnt ebenfalls ein Lehrkursus für Anfänger in praktischer Diktand. Vorherige Anmeldung Franzgasse 26 erforderlich. Danzig, den 10. August 1920. (1920) Der Magistrat.

Die Abbruchsarbeiten der Kaserne II, sowie die Abbruchs-, Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten zum Neubau der Kaserne IV, V u. VI in Weichselmünde sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Dienstag, den 17. August, vorm. 10 Uhr im Bar'iro im Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer Nr. 430 einzureichen.

Die Bedingungen liegen in der Hochbau geschäftsstelle im Rathaus in der Langgasse, Zimmer 32, zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Danzig, den 8. August 1920. (1920) Der Magistrat.

Expeditionen der Danziger Volksstimme

- Danzig, im Spondhaus 6, Paradiesgasse 32.
- Ohra, Zigarettengeschäft Wieke an der Ostbahn 1, Ecke Hauptstraße.
- Schidlitz, Rudolf Ehler, Bier- und Seiler-verlag, Karthäuser Str. 48.
- Langfuhr, Arntzen, Marienstraße 28, Gartenhaus II.
- Jülich, Hauptstraße 65, Keller.
- Reisfahrwasser, Th. Walter, Saperstraße 41 b.
- Heubude, Th. Lehmann, Wasserstraße 3.

Beschwerden über unentgeltliche oder unregelmäßige Zustellung sind in den Expeditionen oder bei nachstehenden Zeitungskommissionsmitgliedern anzubringen:

- Rechtsh., Spondhausengasse 4.
- Wegner, Samtgasse 12 a.
- Kösig, Hohe Seigen 11.
- Maack, Wallgasse 17.
- Pettikus, Büttelgasse 45.
- Leohardt, Langgarten 97, Gartenh., pt.
- Falk, Oberstraße 80.
- Raabe, Karthäuser Straße 38.
- Erdmann, Weinbergstr. 11 b.
- Schönbau, Unterstr. 39.
- Wigand, Heriastraße 11.
- Keminski, Bahnhofstraße 4.
- Freder, Reptanweg 4.

1. Chotelongue, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Tel. 4092. Besitzer u. Direktor Paul Basmann. Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt. Heute Dienstag, den 10. August abends 7 1/2 Uhr

Die Schöne von Allen

Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski. Musik von Gilbert.

Mittwoch und folgende Tage „Die Schöne von Allen“. In Vorbereitung: „Die Dame vom Zirkus“. Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei Kodin, Langemarkt 23 und von 10-5 Uhr im Warenhaus Freymann. Sonntags v. 9-2 an d. Theaterkasse.

In den Parterre-Räumen: Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55.

Achtung! Nur bis einschl. Donnerstag! V. Film des Detektiv- und Abenteuer-Zyklus „Der Först“

„Die Kronjuwelen des Herzogs von Rochester“ Spannender u. sensationeller Abenteuer-Film in 5 Akten. In der Hauptrolle: Johannes Riemann, Rita Janda.

„Fidelio“ Filmroman in 5 Akten. In der Hauptrolle: Mady Christians, Ernst Stahl, Nachbauer. (1924) Beginn der letzten Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Zur Steuerfrage

empfehlen wir: Führer durch das preussische Einkommensteuer-Gesetz. Von Arbeiterkammer R. u. d. Wissell. — Preis 1 Mark. — Buchhandlung „Volksrecht“ im Spondhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Antisyllabus

Das alte und das neue Credo Ceterum censeo Die Marseillaise des Christentums Freidenkerische Gedichte von Friedrich Krasser. — Preis 1 Mark. — Buchhandlung „Volksrecht“ Am Spondhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Freie Turnerschaft Danzig.

Mädels und Jungen im Alter von 10-13 Jahren, die Lust haben zu turnen, können sich am Mittwoch, den 11. August, nachm. 3 Uhr in der Turnhalle Krehwiedergasse, Eingang Böttchergasse, melden. Erlaubnis der Eltern Bedingung. (1927)

Hanfamen, Kanariensamen sowie sämtliches Vogelfutter

empfehlen (1927) Drogerie am Dominikanerplatz Bruno Fasel, Junkberg 12 a. b. Markt.

Bei Hautkrankheiten, Druckschmerz, Juckreiz, Ekzeme, Dermatitis, Psoriasis, Neurodermatitis, etc.

Lehrer Obst's Nerventee zum Kurbel b. Nervenkrankh. Kopfschm., Schlaflosigkeit von besterprobter, garantiert Wirkung, zugleich Arterienverhärtung vorbeugend. Probe für 1 Woche Mk. 4. — Kon. Menge Mk. 14. — Außerdem besterprobter: Lehrer Obst's Asthma-, Bienen-, Bienenstich-, Bienenstich-, Dorn-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh., Lungen-, Leber-, Magen-, Nerven-, Rheumat., Wasserst., etc. u. a. m. Genaue Angaben ersuchen Sie. R. Obst, Hermannsdorf b. Danzig, Nr. 621. (1925)

Lehrer Obst's Nerventee

zum Kurbel b. Nervenkrankh. Kopfschm., Schlaflosigkeit von besterprobter, garantiert Wirkung, zugleich Arterienverhärtung vorbeugend. Probe für 1 Woche Mk. 4. — Kon. Menge Mk. 14. — Außerdem besterprobter: Lehrer Obst's Asthma-, Bienen-, Bienenstich-, Bienenstich-, Dorn-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh., Lungen-, Leber-, Magen-, Nerven-, Rheumat., Wasserst., etc. u. a. m. Genaue Angaben ersuchen Sie. R. Obst, Hermannsdorf b. Danzig, Nr. 621. (1925)

Zur Anfertigung gutfigender Herren- und Damengarderoben sowie zum Waschen u. Wenden zu billigsten Preisen empfiehlt sich Johs. Kamin Brabank 7.

Volkshilfe

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereinigungen. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Pollicenverfall. — Sterbekasse. — Anwartschaft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle in Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 5.

Verlangen Sie die „Volksstimme“ in den Gaststätten!